

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 20.— M., ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 21. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile kostet 60.— M. ...

Mordkomplott gegen den Reichskanzler.

Die gestrige Reichstagsführung nahm einen sehr bewegten Verlauf. Nachdem der Zentrumsvizepräsident Marz den 5-Parteien-Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten begründet hatte, wobei er der Verdienste Eberts um das Reich rühmend gedachte, hielt der deutschnationale Parteiführer Hergt eine Rede gegen den Reichspräsidenten, von dem er behauptete, er habe „immer für seine Partei gesorgt“ und er habe durch sein Spiel hinter den Kulissen die Bildung einer nationalen Einheitsfront verhindert.

Aus Anlaß dieser Situation, über deren Ernst sich niemand täuschen wird, sei auch ein ruhiges Wort nach links gesagt. Die meisten Kommunisten wissen bereits, daß die letzte Sonntagsaktion eine ungeheure Torheit war: wenn sie glauben, trotzdem die Solidarität nach außen aufrecht zu erhalten zu müssen, so ist das begreiflich. Unverzeihlich wäre es aber, wenn dem stereotypen Verfluchen „die Aktion weiterzutreiben“, nicht der entscheidendste Widerstand geleistet würde. Bei den jugendlichen Mitläufern mag der ehrliche Glaube vorhanden sein, sie kämpften damit gegen die Reaktion. Wer

aber fähig ist, politische Gedanken zu erfassen, der muß wissen, daß es ein Frevel ist, denen, die gegen reaktionäre Mordverschwörung einen Kampf auf Tod und Leben führen, in den Rücken zu fallen. Der Reichskanzler hat gestern sein Wort: „Der Feind steht rechts!“ wiederholt und aufrechterhalten. Der Feind von rechts lebt aber von der Behauptung, daß Staat und Gesellschaft von links her schweren Gewaltdrohungen ausgesetzt seien; wer ihm für diese Behauptung Beweismaterial liefert, der bekämpft ihn nicht, sondern er hilft ihm!

Der Münchener Justizmord vollendet!

Fechenbach 11 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust — Gargas 12 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust — Lembke 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust.

München, 20. Oktober. (Mitb.) Im Münchener Landesverwaltungsprozess wurde heute nachmittag das Urteil verkündet, wozu umfassende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen waren. Das Urteil gegen Fechenbach wegen eines wüßhüchigen und eines veruchten Verbrechens des Landesverrats: Gesamtsstrafe 11 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, gegen Gargas wegen fortgesetzten veruchten Landesverrats 12 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, gegen Lembke wegen fortgesetzten veruchten Landesverrats 10 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Sämtlichen Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren abgeprochen.

Archiv des Auswärtigen Amtes weit geöffnet. Mit Stolz wurde immer wieder erklärt, daß in Deutschland nichts verborgen gehalten werde. Und nun soll die Veröffentlichung eines solchen Dokuments, die in der Absicht erfolgte, Deutschland zu nützen, ein zuchthauswürdiges, Ehrverlust einbringendes Verbrechen sein?

ein Anschlag auf den Reichskanzler geplaut sei. Erregte Rufe wurden laut. Der Reichskanzler war sichtlich überfordert, da er zwar die Tatsachen, auf die sich Löbe stütze, kenne, eine derartige Erklärung des Reichstagspräsidenten aber nicht erwartet hatte.

Das Haus zwang sich dann wieder trotz der allgemeinen Erregung zur Sachlichkeit, und Genosse Hermann Müller rechnete in einer kurzen, treffenden Rede mit der wüßten Demagogie des deutschnationalen Redners ab. Auch der Führer der Volkspartei, Herr Stresemann, sah sich genötigt, gegen die frühere „Schwesterpartei“ eine scharfe Kampfstellung einzunehmen. Im weiteren Verlauf der Debatte kam Herr Hergt noch einmal zum Wort, um für seine Partei und Fraktion sichtlich jede Gemeinschaft mit den Hehbern schäblicher oder neuverplanter Attentate abzulehnen. Nun sprach der Reichskanzler Dr. Wirth zum zweitenmal, im Verlauf seiner Rede sagte er:

Zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten, die meine Person betreffen, ist von hier aus keinerlei Veranlassung erfolgt, aber seien Sie sich über den Ernst der Situation durchaus klar. Die Nachrichten, die wir haben — und das ist auch bereits von einem der Verschwörer eingestanden worden — zeigen, daß wir mit neuen politischen Morden in Deutschland rechnen müssen.

Aus dieser Erklärung des Reichskanzlers geht hervor, daß sich einer der Verschwörer in Haft befindet und bereits ein Geständnis abgelegt hat. Der „Soz. Parlamentsdienst“ erfährt dazu weiter:

Durch Zufall ist die Polizeibehörde nicht nur auf die Spur eines einzelnen Komplotts, sondern mehrerer Attentatsanschläge gegen den Reichskanzler gekommen. Eine jugendliche Person, über deren Herkunft aus erklärlichen Gründen nichts gesagt werden kann, war von Kreisen, die

den Attentätern auf Rathenau nahestanden, zu hohem Solde gedungen worden, den Reichskanzler zu ermorden. Gewissensbisse haben den jungen Menschen veranlaßt, von der Ausführung des Planes Abstand zu nehmen und über die Vorbereitungen der Polizei Mitteilungen zu machen. Er wurde daraufhin in Haft genommen und machte Auskünfte, die schlagartig sind und die Polizei auf neue Fährten lenkten.

Der Rathenau-Prozess hat nahezu mit Gewißheit erkennen lassen, daß die Kern und Fischer sowie die Verurteilten dieses Prozesses nur die Werkzeuge einer Organisation waren, deren Wurzel aufzudecken den Behörden noch nicht gelungen ist. Ob es noch einen Zweifel daran, daß die Fäden der Verschwörung von geheimnisvollen Händen gelenkt wurden, so wurde er durch den abenteuerlichen Versuch, den etwas schwachsinnigen Günther sogar noch im Untersuchungsgefängnis durch Gift stumm zu machen, beseitigt. Die neuesten Nachrichten zeigen, daß sich die Aktivität der Verschwörer nicht mehr auf Objekte von niedrigen Grades beschränkt, sondern daß schon wieder ein Hauptschlag geplant war.

Man möchte wünschen, daß die Behörden in einer gewissen Ueberbarmtheit die besser ist als Nachlässigkeit, diesmal nur Gespenster gesehen hätten. Denn welche Leiden nicht etwa nur einzelnen Personen, sondern dem ganzen Volke bevorstehen, wenn die politische Mordbeute weiter grassiert, hat die Entwicklung der Dinge seit Rathenaus Ermordung deutlich genug bewiesen. Der Gedanke, daß es sich um die Selbstbegünstigung eines Geisteskranken handelte, liegt nahe, er muß aber leider zurückgewiesen werden, da sich die Ueberzeugung der Behörden vom Vorhandensein eines neuen Mordkomplotts keineswegs auf ein einziges Geständnis gründet.

Aus der Urteilsbegründung, deren Verlesung über vier Stunden in Anspruch nahm, ist hervorzuheben, daß das Gericht bezüglich des Erbberger-Memorandums zu der Auffassung kam, daß hier keine geheime Nachricht vorliege, dagegen sei in dem Rittler-Telegramm eine geheime Urkunde zu erblicken, bei deren Veröffentlichung sich der Angeklagte Fechenbach bewußt war, daß sie schweren Schaden für die Interessen des Reiches auslösen mußte. Bezüglich des Rottendamer Bureaus stellte das Gericht fest, daß es sich hierbei ganz um ein

politisches Informations- und Spionagebureau handele, hinter dem eine fremde Regierung stehe.

Das Bureau habe an den Angeklagten Gargas eine ganze Reihe ausgesprochener Spionageaufträge erteilt. Die Berichte Fechenbachs und Lembkes für das Bureau Gargas' waren zum Teil geeignet, den Interessen des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates zu schaden. Das Rottendamer Bureau habe ganz Deutschland mit einem Netz von Spionagen überzogen, um die innere und äußere politische Lage des Reiches ständig auf das genaueste zu überwachen. Da die Angeklagten sich bewußt waren, daß ihre Nachrichten Schaden für das Reich im Gefolge haben mußten und da sie die weitergegebenen Nachrichten für wahr hielten, müssen die Schuldfragen auf veruchten Landesverrat bejaht werden. Bei Fechenbach wurde als Triebfeder seines Handelns der Haß gegen alle Nichtsozialisten angenommen.

Das Urteil gegen Fechenbach und seine Mitangeklagten ist ein Verbrechen. Daß die Richter des Münchener „Volksgerichts“, dessen Namen dadurch in Deutschland auf ewig geschändet ist, selber die Ueberzeugung haben mögen, Organe einer unparteilichen Gerechtigkeit gewesen zu sein, ändert an dieser Tatsache gar nichts. Auch die Richter, die auf Grund eines sorgfältig nach allen Regeln des damaligen Strafprozesses geführten Beweisverfahrens Hergen wegen ihrer Buhlschaft mit dem Teufel verbrennen sehen, waren brave Hausväter und gewissenhafte Juristen. Hinter den Urteilen, die sie in gutem Glauben verurteilten, steht die neueste Münchener Justiztat nicht weit zurück, mag auch sie in dem Glauben, einer guten Sache zu nützen, begangen worden sein.

An die Stelle des religiösen Aberglaubens von einst ist heute der politische Fanatismus getreten. Die Münchener Richter sahen in Fechenbach einen politischen Gegner, dem sie jede Schändlichkeit zutrauten. Warum nicht auch Landesverrat aus eigennütigen Motiven? Wir müssen diese aus richterlichem Munde gegen Fechenbach erhobene Beschuldigung auf Grund besseren Wissens als eine objektive Verleumdung zurückweisen, mögen auch die Richter subjektiv der Meinung gewesen sein, die lautere Wahrheit zu sprechen.

Was zunächst das Telegramm des Gesandten beim Vatikan, Rittler, betrifft, durch dessen Veröffentlichung Fechenbach Landesverrat begangen haben soll, so ist dazu zu bemerken, daß die damalige bayerische Regierung die Veröffentlichung aller diplomatischen Denkschriften freigegeben hatte. Die Reichsregierung ist dann ihrem Beispiel gefolgt und hat die

Ueber den sogenannten Gargas-Komplex stellt die Urteilsbegründung objektiv der Wahrheit entgegen gesetzte Behauptungen auf. Wahrheit ist, daß das Rottendamer Bureau in Verbindung mit einer auswärtigen Regierung war, die den die Reichseinheit bedrohenden Treiberien in Bayern stets ablehnend gegenüberstand. Die Verbindung zwischen diesem Bureau und Fechenbach bestand, wohlverstanden, nur in Friedenszeit. Wir wissen nicht, ob Fechenbach Kenntnis hatte von dem Verhältnis dieses Bureaus zu jener auswärtigen Regierung. Aber wir stellen die Behauptung auf: Wenn Fechenbach dieses Verhältnis kannte, dann lag für ihn der Gedanke nahe, gerade im Interesse des Reiches seine Beziehungen zu dem Bureau zu pflegen. Aber ganz abgesehen von dieser Frage, die nur von Politikern, nicht von Richtern entschieden werden kann — mit welchem Bureau oder welcher Redaktion des Auslandes kann ein deutscher Journalist überhaupt in Verbindung treten, ohne, nach bayerischer Praxis, Gefahr zu laufen, daß Beziehungen jener ausländischen Pressestelle zu einer ausländischen Regierung festgestellt werden und er selber insolgedessen ins Zuchthaus kommt?

Nicht Fechenbach, das Münchener „Volksgericht“ hat durch sein grauenhaftes, aller Vernunft und Gerechtigkeit hohnsprechendes Urteil die deutschen Reichsinteressen aus schwerster geschädigt. Die Schädigung ist so groß, daß unseres Erachtens dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags die Pflicht erwächst, sich unverzüglich mit der Frage zu beschäftigen, was zum Schutz der Reichsinteressen gegen eine tobsüchtig gewordene Justiz getan werden kann.

Doch welches Mittel, immer gewählet werden mag, den Fleck auf der deutschen Ehre, den dieses Urteil darstellt, abzuwaschen, auf keinen Fall kann es Ruhe geben, solange Fechenbach im Zuchthaus sitzt. Kein gerecht denkender Mensch wird den Gedanken ertragen, daß so etwas in Deutschland möglich gewesen ist. Von heute ab hat Deutschland seine Drenjus-Affäre!

Bayerischer Kurs.

München, 20. Okt. (Mitb.) Aus Anlaß des Todestages Königs Ludwig III. wurde im Dom ein feierliches Requiem gefeiert. An dem Trauergottesdienst beteiligte sich u. a. Kronprinz Rupprecht mit den Mitgliedern des Hauses Wittelsbach, die Königin Wilhelmine der Niederlande mit dem Prinzenpaar, Ministerpräsident Graf Freytag und mehrere Minister sowie zahlreiche Landtagsabgeordnete, Staatsräte, höhere Offiziere und Fahnenabteilungen der Regimentsvereinigungen, außerdem zahlreiche Angehörige der Reichswehr.

München, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Entgegen den Bestimmungen der bayerischen Verfassung und des bayerischen Gemeinde-Verfassungsgesetzes hatte die bayerische Regierung auf der Tagung des Bayerischen Städtebundes am verflochtenen Sonntag in Rothenburg ob der Tauber einer Anzahl von Ersten Bürgermeistern den Titel Oberbürgermeister verliehen. Die anwesenden 43 sozialdemokratischen Vertreter ließen gegen diese verfassungswidrigen Titelverleihungen eine scharfe Protesterklärung verlesen, in der sie der Befürchtung Ausdruck geben, daß durch diese Titelverleihungen dem Strebertum der Bürgermeister Ehr und Lor geöffnet werde. Der sozialdemokratische Erste Bürgermeister der Stadt München hatte den ihm angebotenen Oberbürgermeisterstitel abgelehnt.

# Um die Getreideumlage.

## Weitere Erhöhung des Brotpreises um das Vierfache?

Die Verhandlungen über die Preise des Umlagegetreides im Volkswirtschaftlichen Ausschuss, die gestern abend nach dem Plenum stattgefunden, haben zu einer gefährlichen Verschärfung der politischen Situation geführt. Noch deutlicher als in allen vorhergehenden Sitzungen wurde in dieser die Absicht aller bürgerlichen Parteien, über die Regierungsvorlage wesentlich hinauszugehen, und die Gefährdung der öffentlichen Brotversorgung durch die Valutablockade hemmungslos auszunutzen zur Durchsetzung ihres Kampfes gegen die Umlage überhaupt. Bei der Abstimmung wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, eines Mitgliedes der Demokraten und zwei Mitglieder des Zentrums folgender Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen:

Der Preis für das erste Drittel der Umlage wird berechnet nach dem um 25 v. H. erniedrigten Durchschnittslandmarktpreise des Getreides in den Monaten September, Oktober.

Außerdem ein Antrag des Zentrums:

Die Reichsregierung wird ersucht, die Umlagenmenge entsprechend herabzusetzen, wenn nach dem Ergebnis der Feststellung der Ernteverhältnisse die Aufbringung einer Umlagemenge von 2 1/2 Millionen Tonnen nicht möglich erscheint.

Gegen beide Anträge hatte der Ernährungsminister Fehr die schwersten Bedenken geltend gemacht und sie für untragbar für die Regierung erklärt. Trotzdem entschied sich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien für sie. Dieses Ergebnis, das den Herren selber Schrecken einflößte, ist die Folge der Unwahrhaftigkeit, mit der seit jeher der Kampf gegen die Getreideumlage geführt worden ist. Alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme wissen, daß es gegenwärtig ohne die Umlage nicht geht. Sie wissen auch, daß die Preise für die Umlage niedrig festgelegt werden müssen, wenn überhaupt die Umlage einen Sinn haben soll. Trotzdem sucht jede der bürgerlichen Parteien die anderen aus Konkurrenzrücksichten zu übertrumpfen.

Der Antrag, die Preise nach dem Durchschnittslandmarktpreis in den Monaten September und Oktober festzusetzen, bedeutet bereits jetzt für Weizen einen Preis von 66 000 M. die Tonne, für Roggen einen solchen von 57 357 M. Bei weiterem Sturz der Markte würde sich dieser Preis noch wesentlich erhöhen und somit wahrscheinlich das Vierfache des Preises betragen, den die Reichsregierung vorgeschlagen hat.

Ebenso gefährlich ist der Antrag, die Umlagemenge je nach dem Ergebnis der Ernte herabzusetzen. Er enthält den Anreiz und die Aufforderung, bei den Auskünften über den Ernteausschlag noch mehr unrichtige Angaben zu machen, als das jetzt bereits geschieht. Seine sichere Folge wäre ein noch stärkeres Sinken der Ablieferung von Umlagegetreide, die Notwendigkeit zu vermehrter Einfuhr aus dem Ausland, ein gewaltiges Steigen des Brotpreises, wenn die Einfuhr möglich ist, vielleicht sogar der völlige Zusammenbruch der Brotversorgung in wenigen Wochen, wenn die fremden Zahlungsmittel dafür fehlen.

Die Annahme dieser Anträge schafft eine außerordentlich ernste politische Situation. Für die Sozialdemokratie sind beide Anträge untragbar. Sollten die bürgerlichen Parteien an ihnen festhalten, so entstände dadurch die Gefahr einer schweren innerpolitischen Krise.

## Die französische Reparationsdenkschrift.

Paris, 20. Oktober. (FR.) Die Denkschrift der französischen Regierung, die als Antwort auf das Reparationsprojekt des englischen Delegierten in der Reparationskommission, John Bradburn, heute der Reparationskommission übergeben wurde, sagt in ihrem Hauptteil u. a.:

Die französische Regierung glaubt nicht, daß für die Reparationskommission ein Interesse besteht, einem Ersuchen Deutschlands um Bewilligung eines Moratoriums für 1923 und 1924 zuzustimmen und ein solches Ersuchen zu veranlassen. Ein derartiges Moratorium könnte nicht ohne Pfandleistung zuge-

billigt werden. Die Wiederherstellung der Ordnung der deutschen Finanzen, die Wiedergutmachung der Schäden und die Wiederkehr gesunder Finanzverhältnisse bei den kriegsführenden Staaten sind Probleme, die miteinander eng verknüpft sind und auch mit der Frage der internationalen Schulden in Zusammenhang stehen. Keines dieser Probleme kann in befriedigender und endgültiger Weise für sich allein gelöst werden. Die alliierten Mächte haben deshalb der Abhaltung einer internationalen Konferenz zugestimmt, auf der diese Fragen in ihrer Gesamtheit geprüft und, wie man hoffen darf, in solidarischer Weise geregelt werden sollen.

Die Reparationskommission muß auf Durchsicht ihrer eigenen Beschlüsse achten und von Zeit zu Zeit die deutsche Finanzlage und Einnahmequellen prüfen. Diese Prüfung ergibt eine schwierige Lage. Die alliierten Regierungen und die Reparationskommission sind

### seit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages

Zeugen einer fortschreitenden Zerstörung des deutschen Kredit bei einer immer stärker betonten Zerrüttung des deutschen Haushalts und einem Marksturz, der in den letzten Tagen katastrophal war. Je mehr diese Ereignisse fortschreiten, desto auffallender wird der Gegensatz zwischen dem Finanzzustand des Reichs und den Gewinnen der deutschen Industrie. Die Industrie belächelt ihre Gewinne im Ausland, ohne sich um die Verarmung des Reichs zu kümmern, die sie nur vergrößert. Die Noteninflation ist in den Augen der deutschen Regierung das einzige Heilmittel geworden. Der Augenblick ist nahe, in dem die deutsche Regierung — falls nicht energische Heilmittel gefunden und angewendet werden — ihren

### Bankrott

vor der Welt erklären wird, obwohl das wirkliche Kapital Deutschlands unversehrt blieb. Die französische Regierung ist bereit, die Prüfung dieser Frage auf einer internationalen Konferenz wieder aufzunehmen. Frankreich kann nicht zugeben, daß Deutschland während einer mehr oder weniger langen Periode von der Last der Reparationszahlungen befreit wird, daß Frankreich selbst diese Last für den Wiederaufbau auf sich nimmt, und daß Deutschland auch nur zeitweilig zahlungsunfähig wird. Die Erfahrungen mit Zahlungsausschüssen für die Reparationskommission waren negativ. Sie beweisen nur, daß man

### auf den guten Willen Deutschlands nicht zählen

könnte, um zu einer Gesundung der deutschen Finanzen zu gelangen. Vor allem ist es notwendig, das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen, dadurch, daß die Noteninflation völlig verboten wird; andererseits muß die Mark stabilisiert werden. Die französische Forderung fordert eine strenge Kontrolle über das deutsche Budget, ebenso über die Budgets der deutschen Einzelstaaten. Diese Kontrolle darf sich nicht nur auf ein einfaches Einblicksrecht in das deutsche Budget beschränken, sondern es muß eine wirksame Aktion in die deutschen Finanzen ausgeübt werden. Eine nicht vollkommene Kontrolle bliebe unwirksam; sie erscheint nur als eine deklaratorische Maßnahme.

Folgende Maßnahmen werden schließlich vorgeschlagen: Das Garantiefomitee, das seinen Sitz nach Berlin verlegt, kann der deutschen Regierung die Anwendung bestimmter Maßnahmen verbieten und Maßnahmen zur Kontrolle der deutschen Einnahmen und Ausgaben sofort durchzuführen. Anleihen dürfen nur mit Genehmigung des Garantiefomitees aufgelegt werden.

## Reparationsdebatte in Paris.

Paris, 20. Oktober. (FR.) Die französische Kammer setzte heute nachmittag die vor acht Tagen unterbrochene Diskussion der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung fort. Der kommunistische Abgeordnete Ernest Lafont setzte seine Rede über den Streik der Metallarbeiter in Le Havre, die er hatte unterbrechen müssen, fort. Während seiner Rede wurden von der Jubeltribüne Ausrufe einer anarchistischen Vereinigung zum Gunsten der Begnadigung der Verurteilten der Schwarze Meer-Flotte in den Sitzungssaal geworfen und zu einer großen Kundgebung für den 29. Oktober eingeladen. Die Tribünenbesucher, die den Ausruf in den Sitzungssaal geschleudert hatten, wurden entlassen. Nach der Rede Lafonts ergriff der Minister des Innern Ranourg das Wort, um sich in eingehender Weise über die Zwischenfälle während des Metallarbeiterstreiks in Le Havre auszusprechen. Er habe den Behörden die Weisung erteilt, das Streikrecht für die Arbeiter zu wahren, aber auch die Arbeitsfreiheit und die öffentliche Ordnung sicherzustellen.

Der Abgeordnete Paul Reynaud begründete sodann seine Interpellation über die Reparationspolitik. Er bedauerte, daß der Ministerpräsident die Frage der internationalen Schulden mit der Frage der Reparationen vermengt habe. Der Abgeordnete sagte weiter, er sei ein Gegner der Sachlieferungs politik. Wenn das deutsche Volk Frankreich auch nur für 150 Millionen Sachlieferungen leisten wolle, müsse es für 630 Millionen Papiermark drucken, und wenn Deutschland den Verpflichtungen des Abkommens von Cannes nachkommen wolle, d. h. wenn es für 380 Millionen Goldmark Sachlieferungen ausführen solle, dann handle es sich sogar um

1500 bis 2000 Milliarden Papiermark.

Begreifen Sie denn nicht, so ruft der Redner aus, daß das unmöglich ist? (Beifall.) Es sei ein Abkommen Stinnes-Lubersac zustande gekommen, von dem man nie gesprochen habe. Dieses Abkommen liege aber keinen anderen Vorteil, als daß

### Stinnes eine Provision von 6 Proz.

einstreiche. (Beifall.) Durch Unterzeichnung dieses Abkommens habe Stinnes auf Frankreich und auf Deutschland Einfluß erlangen wollen. Dieses Abkommen werde ihm gestatten, in Deutschland die innere Politik zu treiben, die er wünsche.

Poincaré ruft dazwischen: Sie selbst haben verlangt, daß man die großen deutschen Industriemagnaten zum Zahlen zwingt.

Der Abgeordnete Reynaud antwortet: Ja, aber nicht durch dieses Mittel. Er bemerkt, Poincaré habe es unterlassen, Deutschland wieder aufzurichten (?). Poincaré ruft dazwischen: Ich habe niemals einen so großen Ehrgeiz besessen. Reynaud fährt fort: Warum dann die große Anstrengung mit der Kontrolle der deutschen Finanzen? Ich kann nichts von der Wahrheit verbergen, daß der Zusammenbruch der Wechselkurse

### eine wahre Blockade

der Staaten herbeigeführt habe, von der besonders England und Deutschland betroffen seien. Die Handelsbilanz Deutschlands habe im letzten Jahr ein Defizit von etwa 1 Milliarde Goldmark gehabt.

Die Ziffern, die man über die großen öffentlichen Arbeiten verbreitet habe, seien stark übertrieben, denn es handle sich ja nur um Papiermark. Der Abgeordnete beweist das durch Ziffern. Poincaré ruft: Ich mache jeden Vorbehalt hinsichtlich der Richtigkeit dieser Zahlen. Reynaud fragt ihn alsdann: Welche Ziffern sind denn richtig? Poincaré erwidert: Das Programm der großen öffentlichen Arbeiten umfaßt die Summe von drei Milliarden Goldmark. Reynaud antwortet: Das ist nur ein Programm. Er fährt fort, indem er die wirtschaftliche Lage Deutschlands als die schwierigste bezeichnet, weil die Spekulation mit der Mark zum Ruin führe. Der ehemalige deutsche Mittelstand, nämlich die Klerge, Rechtsanwältler usw. befände sich im Elend. Jede Aufforderung Frankreichs betrachteten sie als eine neue Befeldigung ihres Glanzes. Das seien die Tatsachen. Der Redner spricht weiter. (Reynaud ist zwar als Abgeordneter des nationalen Blocks gewählt, ist aber wiederholt zu Studienzwecken in Deutschland gewesen. Red. d. B.)

Keine Geheimorganisation im DHB. Eine von uns am den 10. September erhaltene Vertichtigung des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“, die sich gegen eine Hamburger Weidung wandte, wonach es innerhalb des DHB. eine Geheimorganisation gebe, war von uns sofort nach Empfang in den Satz gegeben worden, jedoch lediglich infolge eines technischen Versehen nicht erschienen. Nachdem wir auf diese Unterlassung aufmerksam gemacht worden sind, veröffentlichten wir die betreffende Vertichtigung, zumal sie den vormaligen Bestimmungen entspricht:

Die in Nr. 417 Ihres Blattes vom 4. September 1922 aufgestellte Behauptung, daß innerhalb des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zwei Geheimorganisationen beständen, ist unrichtig. Es gibt innerhalb des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes keine Geheimorganisation. (Red. d. B.) — Unser Korrespondent hatte diese Weidung aus unserem Hamburger Parteiblatt entnommen.

Ludendorff auf Galkreisen. Zum Landesgautag der Tiroter Heimwehr (Orge) am 22. Oktober hat Ludendorff sein Erscheinen zugesagt. Eine Kompanie Oberster und eine Abordnung der Gruppe Innsbruck sollen ihn am Bahnhof mit militärischen Ehren empfangen.

## Ein Wort zur geistigen Not.

Im „Vorwärts“ ist schon wiederholt über die zunehmende Not der Wissenschaft, über die zunehmende Versenkung der geistigen Arbeiter geschrieben worden. Sofern es sich um Wissenschaften handelt, die für die Allgemeinbildung, für die Praxis oder die Staatsverwaltung wichtig sind und seit altersher gepflegt werden, erscheint ihre Weiterbefähigung, sei es auch in bescheidenem Umfang, denn ohne Universitätslehre und ohne deren wissenschaftlichen Nachwuchs wären die Grundlagen unserer Kultur in Frage gestellt. Schlimmer dagegen steht es um die Wissenschaften, die anscheinend keine praktische Bewertung ermöglichen und unseren heutigen wirtschaftlichen und politischen Sorgen etwas fern liegen; ich denke da besonders an die Völkerkunde und die orientalischen Sprachen. Gewiß: ob diese Dinge in Deutschland gelehrt werden oder nicht, der Arbeiter hat davon kein Stück Brot mehr. Jedoch wer weiter schaut und wünscht, daß Deutschland auch auf diesen Gebieten an führender oder wenigstens beachtenswerter Stelle bleibt, muß bedauern, daß sich hier offenbar ein Niedergang vorbereitet.

Für die gesamte Kulturgeschichte ist die Völkerkunde, für die politische und wirtschaftliche Betätigung im nahen und fernem Osten sind die Völkerkunde und die orientalischen Sprachen von unschätzbarem Wert. Es ist doch auch im höchsten Grade wünschenswert, daß unsere zukünftigen Diplomaten vorher eingehend Kultur und Sprache des Landes, in dem sie wirken sollen, kennen lernen.

Dreifach sind die Mängel: Es fehlt an Mitteln für das Lehrpersonal, für die Studenten und für die Beheimittel. Verhältnismäßig günstig gestellt sind noch diejenigen, die als Museumsdirektoren oder Direktorial-Assistenten oder als ordentliche Hochschulprofessoren Staatsbeamte sind und so wenigstens vor der unmittelbaren Not geschützt bleiben. Doch auch hier stellen sich schon Schwierigkeiten ein: für die mancherlei Kleinarbeit, die den Museumsdirektoren obliegt, und für die nicht gerade wissenschaftliche Hilfsarbeiter, wohl aber etwas wissenschaftlich gebildete Hilfskräfte nötig sind, fehlt es meist an Geld oder die Besoldung ist so gering, daß sie nicht für die bescheidensten Bedürfnisse ausreicht. So schrieb mir bereits vor etwa einem Jahr ein bekannter Direktor am Völkerkundemuseum auf meine Bemerkung, daß die Lage an den Museen sich wohl etwas gebessert habe: „Von einer Besserung der Lage an den Museen kann vorläufig noch nicht die Rede sein, wenigstens sehe ich nichts von einer solchen, ich muß im Gegenteil mich ständig um die Bezahlung der einzigen Hilfskraft kümmern, die ich überhaupt habe.“ Seitdem ist es nicht besser geworden. Es sei hier gleich eingefügt, daß auch die Stelle des Direktors der Indischen Abteilung am Völkerkundemuseum nach Professor Grimwolds Ausscheiden nicht neu besetzt ist. Schlimm steht es um die Privatdozenten, die hier noch mehr als in anderen Wissenschaften dem Hungertode geweiht sind. Von einem Privatdozenten für Chinesisch wurde mir kürzlich

erzählt, daß er seit ein längeren Lebensunterhalt durch Nachhilfeunterricht für kleine Kinder erwerbe. Gerade die ostasiatischen Sprachen würden eine größere Beachtung verdienen, dabei ist das wichtige Japanisch auf der Universität gar nicht vertreten, sondern wird nur auf dem Orientalischen Seminar in Berlin von einem allerdings trefflichen Lehrer (Dr. Scherzschmidt) gelehrt. — Die wissenschaftlichen Hilfskräfte sind wohl überall überflüssig, wurde ihnen doch im höchsten wissenschaftlichen Institut in Berlin noch im August ein Stundenlohn von 12 (zwölf) Mark für Schreibarbeiten bezahlt (von Februar bis Mai waren es 7 Mark).

Die schwierigste Frage bleibt wohl der wissenschaftliche Nachwuchs. Wer sich beispielsweise die Hörer des Orientalischen Seminars näher ansieht, wird bemerken, daß gegenüber der Friedenszeit immer mehr der eigentliche Student zurücktritt vor den Leuten, die schon „draußen“ waren (Konsuln, Kaufleute, auch Ausländer), und vor Beamten des Auswärtigen Amtes. Das bedeutet, daß es kaum noch junge Leute gibt, die die Wissenschaft um der Wissenschaft selbst pflegen können, um später ihrerseits als Lehrende aufzutreten. Es muß doch auch einmal ganz allgemein ausgesprochen werden, daß zum Studieren Zeit gehört, der „Berksudent“ also nur Ausnahme, nicht Regel sein kann (so mühsamwert es ist, daß jeder Student auch einige Zeit einmal als „Arbeiter“ tätig war). Der Lebensunterhalt und die Studienkosten müssen also entweder von reichen Verwandten oder bei Mittellosigkeit vom Staat aufgebracht werden. Jedoch fehlt es hier ebenso an Geld wie bei den allgemeinen Beheimittel.

Wie ist zu helfen? Ich glaube, auch hier nur durch eine internationale Organisation und Bereitstellung von Mitteln. In China, Japan, Siem usw. durch Gesellschaften, die von dort in Diensten stehenden Deutschen, Eingeborenen (ehemaligen Studenten in Deutschland) und dortigen wissenschaftlichen Instituten mit ihren Gelehrten gebildet werden, die vor allem die infolge der Valuta unerreichbaren Beheimittel und dann Geldspenden für die Studierenden zur Verfügung stellen müßten. In Indien würde sich für diese Zwecke am besten eine Vereinigung indischer Gelehrter eignen.

Eric Pagel.

Ein Drama im Eise. Der Forschungsreisende, der Abenteurer und Wägen in der Arktis und Antarktis bestanden hat, findet für seine Erlebnisse ein breites Publikum. Heute zumal werden sie nicht allein durch Zeitungen und Bücher, sondern auch durch Kamera und Film in alle Ecken getragen, und alle Welt ersehnt, ehe eine Expedition angetreten wird, welche Ziele sie sich steckt und wie sie organisiert wird —, ebenso wie nach ihrer Rückkehr alle Beobachtungen, die sich während der Reise zugetragen haben, im einzelnen berichtet werden. Nur selten oder hören wir davon, daß ganz ähnliche Abenteuer und Leiden, wie sie die großen Polarforscher durchgemacht müssen, auch die kleinen Unternehmungen begleiten, die in den Eismeeren auf See- und Polarisland ausgehen und dies schon vor Generationen getan haben. Daran erinnert ein jetzt in London von Adam und Charles Black herausgegebenes Buch, das unter dem

Titel „Ein Heldengedicht aus der Arktis“ auf Grund der Aufzeichnungen eines Schiffszwarts die Geschichte der „Diana“ erzählt. Sie kam im Jahre 1866 auf dem Westküsten nach der Davis-Strasse und der Baffininsel, wurde dort von Eismassen eingeschlossen, bis die Mannschaft auf das Tafelberg flüchten mußte und dann 14 Monate später wieder ihren Hafen erreichte, nachdem sie von den 50 Mann der Besatzung 13 verloren hatte. In den einfachen Aufzeichnungen des Arztes wiederholten sich, wenn auch in schlichterem Stil, Geschichten, wie man sie bei den großen Nordpolfahrern lesen kann. Fred Lockham, der Heizer, und Magna Greg zeigen unverkennbare Anzeichen von Storbüß. Die Leute hatten Teelätter statt Tabak geraucht, und der Schiffszwart, um jeden Preis bemüht, der Bemannung die ersten Angriffe des Feindes, den der Seemann vor allem fürchtet, zu verheimlichen, schrieb ihr schmerzhaftes Jähnelch dem Tabakerfah zu. Alles Holz, das man nehmen konnte, wurde für die Heizung verwendet. Aber ringum ist nichts als fliegender Frost. „Wir haben da wie Hasen, ausgefressen und ausgegert vom leichten Haut, immer Gefahren fürchtend, von denen wir nichts wissen.“ Selbst wenn das Schiff vom Eis hätte frei gemacht werden können, wäre es wegen der Eismassen, die sich an allen seinen Stellen gebildet hatten, nicht mandrierfähig gewesen. Es vergingen Wochen, ja Monate, während der fast täglich die Gefahr mit furchtbarer Gewisheit zu drohen schien, daß das Fahrzeug unter dem Druck des Eises zerbrechen oder ohne weiteres untergehen müßte. Als die „Diana“ endlich nach 14 Monaten die heimatischen Eshelandsinseln erreichte, befand sie sich in einer fürchterlichen Verfassung. Des Logbuch meldet von diesem Tage der „glücklichen Heimkehr“: „Am 2.30 Uhr nachmittags Robert Robinson aus Esheland an Storbüß gestorben. Um 1 Uhr nachmittags farb Frederic Lockham aus Hull an Storbüß und Erschöpfung, um 1.30 Uhr nachmittags Gibson Frazer aus Esheland an Storbüß gestorben.“ Auch solche Helden sind eines Gedankens wert so gut wie die, deren Namen in der Geschichte der Entdeckungen leben.

Die Zahl der amerikanischen Automobile. Die Statistik des letzten Jahres hat, wie ein Bericht in „Handel und Industrie“ meldet, gezeigt, daß die Zahl der Automobile in den Vereinigten Staaten in der jüngsten Zeit geradezu eine ungeheure Zunahme erfahren hat. Die meisten Automobile besitzt natürlich New York mit der Höchstzahl von 816 000 Kraftwagen. Aber auch die einzelnen Bundesstaaten zeigen sehr hohe Ziffern, so z. B. Illinois, Indiana, Michigan, New York, Ohio und Pennsylvania, von denen jeder einzelne Staat mehr Automobile besitzt, als das ganze europäische Festland zusammen. Die Zahlen waren in diesen Staaten so groß, daß im Jahre 1921 auf jeden zweiten Einwohner ein Automobil kam. Noch höhere Zahlen hat die Statistik in Kalifornien und Iowa ergeben, hier kommt nämlich schon auf je 5,2 Einwohner ein Kraftwagen. Aus diesen Zahlen kann man schließen, zu welcher Wäse es die Automobilfabrikation in Amerika gebracht hat, zumal wenn man bedenkt, daß die Lebensdauer eines viel benutzten Kraftfahrzeuges im allgemeinen nur auf sechs Jahre geschätzt werden kann. Man hat auf Grund dieser statistischen Angaben berechnet, daß wenn alle Länder der Erde im Verhältnis zu ihrer Größe die gleiche Anzahl von Automobilen besäßen wie die Vereinigten Staaten, es anstatt der 12 500 000 Kraftwagen, die sich gegenwärtig auf der Welt befinden, 170 Millionen Automobile geben müßte.

## Die neuen Beamtengehälter.

Der vom Hauptauschuss eingesetzte Unterausschuss zur Beratung der neuen Besoldungsordnung hat sich auf nachstehende Ziffern geeinigt. Der Hauptauschuss wird heute dazu Stellung nehmen. Das letzte Wort hat natürlich das Plenum des Reichstages zu sprechen.

### Grundgehälter:

Gruppe I 9700—12 500 M., Gruppe II 10 500—14 100 M., Gruppe III 11 700—13 500 M., Gruppe IV 12 800—17 000 M., Gruppe V 14 100—18 700 M., Gruppe VI 15 400—20 500 M., Gruppe VII 17 300—23 000 M., Gruppe VIII 18 600—25 900 M., Gruppe IX 21 500—29 100 M., Gruppe X 24 400—34 000 M., Gruppe XI 27 500—39 600 M., Gruppe XII 32 500—47 500 M., Gruppe XIII 42 000—62 000 M.

### Einzelgehälter:

Gruppe I 62 000 M., Gruppe II 70 000 M., Gruppe III 81 400 M., Gruppe IV 85 300 M., Gruppe V 108 500 M., Gruppe VI 140 000 M., Gruppe VII 155 000 M. (monatlich).

### Ortszuschläge:

Bis 11 600 M.: a) 2400 M., b) 1900 M., c) 1700 M., d) 1400 M., e) 1200 M.  
Bis 12 900 M.: a) 3000 M., b) 2400 M., c) 2100 M., d) 1800 M., e) 1500 M.  
Bis 15 400 M.: a) 3600 M., b) 2900 M., c) 2500 M., d) 2200 M., e) 1800 M.  
Bis 17 500 M.: a) 4200 M., b) 3400 M., c) 2900 M., d) 2500 M., e) 2100 M.  
Bis 22 600 M.: a) 4800 M., b) 3800 M., c) 3400 M., d) 2900 M., e) 2400 M.  
Bis 32 800 M.: a) 5400 M., b) 4300 M., c) 3800 M., d) 3200 M., e) 2700 M.  
Über 32 800 M.: a) 6000 M., b) 4900 M., c) 4200 M., d) 3600 M., e) 3000 M.

### Kinderzuschläge:

Bis 6 Jahren 2000 M., von 6 bis 14 Jahren 2500 M., von 14 bis 21 Jahren 3000 M.

### Teuerungszuschlag zum Grundgehalt, Ortszuschlag und Kinderzuschlag:

Vom 1. bis 16. Oktober 3 Proz., vom 17. bis 31. Oktober 11 Proz., Frauenzuschlag monatlich 1000 M.

## Der Tageblatt-„Sachverständige“.

Im „Tageblatt“ betreibt Herr Dr. Michaelis als „Sachverständiger“ Kommunalpolitik. Er liest es dabei, nicht nur über sein Lieblingsthema — die Entkommunalisierung der Berliner Gemeindebetriebe — ununterbrochen die gleichen, duhndmal widerlegten Unwahrheiten zu verbreiten. Er benutzt auch jede Gelegenheit, wo er glaubt, den „sozialistischen“ Magistrat wegen angeblicher Mißwirtschaft herunterzuziehen zu können. Seine „sachverständigen“ Ausführungen über die Neuorganisation der Arbeitsnachweise haben wir hier bereits gewürdigt. Am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung zog er es vor, zur Sache zu schweigen. Nachdem auch die Vertreterin des Zentrums in ihrer wirkungslosen Darstellung die Presseangriffe gegen die Arbeit des Magistrats treffend und wirkungsvoll widerlegt hatte, war das sicher das Klügste, was er tun konnte. Das hindert ihn nicht, gestern erneut im „Tageblatt“ von den „erheblichen Kosten“ zu sprechen, die der Stadt erwachsen. Diese Art „Politik“ ist der demokratischen Partei würdig. Sie zettelt über Ausgaben ohne Deckung und lobt die Gewerbesteuer ab. Sie verlangt kaufmännischen Geist und kämpft dafür, daß die Milliardenjahre der Stadt aus der Hand gegeben werden. Der Vorwurf gegen Dr. Michaelis, er vertrete die Interessen des Zeitungskapitals, wäre wohl nicht erhoben, wenn er sich genauer informierte, ehe er durch seine unqualifizierbaren Angriffe die Arbeit und den Kredit der Stadt schädigte.

Stefan Burian, ehemals habsburgischer Außenminister, ist in Wien, 71 Jahre alt, gestorben. Ihm unterstand seinerzeit als Reichsfinanzminister das „Reichsland“ Bosnien-Herzegowina, und als der seinem Vorgänger am Bestplatz, dem Herzog von Sagan, verbrochener Weltkrieg umschlug und Karls Friedensbeteile bei Clemenceau anging, zeichnete Burian verantwortlich die Außenpolitik und erlebte dann auch jene offiziellen Friedensmanifeste, die nichts mehr nutzten.

Ein Generalstreik der Raucher. Die Meldung französischer Blätter, daß der Finanzminister de Lasteyrie mit der Absicht umgeht, den Preis gewisser Regieprodukte empfindlich zu erhöhen, hat in den Kreisen der französischen Raucher ungeheure Aufregung hervorgerufen. Man schließt diesmal entschlossen, es nicht bei den üblichen großen Worten geharnischter Proklamationen zu lassen, sondern will zu Taten übergehen. Die Raucherliga Frankreichs ist seit langem (schon zum großen Teil in der „Liga der Raucher“ organisiert, und diese Organisation gedenkt in der Tat, die angekündigte Preisserhöhung mit der Proklamation des Generalstreiks zu beantworten. In Paris sind die Mitglieder der Liga kürzlich zu einer Tagungsversammlung zusammengetreten, die sich zu einem wahren Kriegsrat gestaltete. Nach ebenso langen wie erregten Debatten wurde eine Resolution angenommen, die dem Vorstand das Recht vorbehält, wenn die Absichten des Ministers in die Tat umgesetzt werden sollten, den Generalstreik zu veranlassen. Es fragt sich nur, ob die Raucher der Parole auch folgen werden. Bisher haben die Raucher, wenn sie auf die entscheidende Probe gestellt wurden, ob sie um der Sache willen eine Zeitlang auf den Rauchgenuss verzichten könnten, noch immer verweigert.

Ein effizientes Mathematik-Genie. Die mathematische Begabung zeigt sich häufig bereits sehr früh, und verschiedene mathematische Wunderkinder gehören zu den Korporaden dieser Wissenschaft. So hatte Pascal mit 12 Jahren schon alle Aufgaben der euklidischen Mathematik selbstständig gelöst, und Gauß verließ bereits als Schuljunge seine Lehrer durch die Geschwindigkeit, mit der er sich in den schwierigsten Problemen zurecht fand. Zu diesen Wunderkindern der Mathematik gesellt sich nun ein neues. Es ist dies, wie aus Madras berichtet wird, ein effizienter Indianer mit Namen Ramanujan. Er wurde von seinem Vater aus Madras, der teilweisen Hauptstadt Südindiens, nach Madras gebracht, und setzte hier alle Fachmänner in Erstaunen durch seine fabelhaften Kenntnisse der höheren Mathematik. Der junge Mathematiker gehört zur Brahminenkaste, hat eine vorzügliche Bildung erhalten und wird jetzt von dem Leiter des indischen Unterrichtswesens für ein Stipendium vorgeschlagen werden, um in Europa zu studieren und seine glänzenden Fähigkeiten weiterentwickeln zu können.

Das erste große Sonntag-Mittag-Konzert im Schiller-Theater, das am 22. 11. Uhr stattfand, ist aus künstlerischer und organisatorischer Hinsicht ein Vierteljahrhundert zurückliegt.

Die Jahresthemen der Deutschen Hochschule für Politik wird am Dienstag, den 21. Oktober vormittags 11 Uhr, in deren arohem Saal, Schillerplatz 6 (alte Danzelschule) hat finden. In ihrem Programm steht ein Vortrag von Prof. Dr. Troeltsch über „Naturrecht und Humanität in der Weltanschauung“.

Frau Dr. Maria Montessori wird am Freitag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, im großen Saal der Universität öffentlich ihre Methode der Erziehung im Reichsministerium vortragen. Eintrittskarten zu 30 M. in der Reichsstraße 23, Wandbühnenstr. 2, und Charlottenburg, Bismarckstraße 85, außerdem im Landgemeindefaß, Berlin C., Sophienstr. 23.

Das Deutsche Kunstgewerbliche Institut in Florenz, das mit einer kleinen Reichsunterstützung von einer privaten Vereinigung unterhalten wird, wird von der italienischen Regierung bedingungslos dem Deutschen Reich zurückgegeben.

# Severing über den Sonntagskrawall.

Der Landtag behandelte gestern die Zirkus-Busch-Krawalle. Im Mittelpunkt stand die Rede des Ministers Severing, deren Beginn wir bereits in der gestrigen Abendausgabe brachten. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte

### Minister Severing:

Ich bin nicht in der Lage, auf die Staatsanwaltschaft einzuwirken, damit sie die Verhafteten wieder frei läßt. Auch durch Pressionen auf mich ist das nicht zu erreichen. Einen solchen Versuch macht z. B. die „Rote Fahne“, indem sie behauptet, ich hätte mich geneigert, eine Deputation zu empfangen. Ich habe mich im Gegenteil einigen Abgeordneten und Vertretern der Betriebsräte zur Verfügung gestellt. Von diesem Versprechen mußte ich aber aus Gründen der Staatsautorität Abstand nehmen, nachdem Herr Schulz von der Tribüne erklärt hatte, daß ich den Betriebsräten Rechenschaft schuldig sei. Rechenschaft bin ich nicht den Betriebsräten schuldig, sondern nur dem Parlament.

Der Bund für Freiheit und Ordnung ist eine Stütze, in der nach meiner Ueberzeugung mindestens sozial aufgefächert wird wie bei den Kommunisten. Er hat auf sein Programm geschrieben: Stärkung der Autorität der Behörden. Wie diese Stärkung aussieht, geht aus den Worten hervor, die ein Redner im Zirkus Busch sprach, indem er behauptete, wenn die Regierung sagt, durch die Erfüllungspolitik habe sie das Ruhrrevier gerettet, so ist dieses Gesagte absolut falsch. Die Bekämpfung aller auf Zerstückung des Volkes gerichteten Bestrebungen steht als zweiter Punkt auf dem Programm. Das wird so verstanden, daß vor allem die

Befreiung vom Judenoch und vom Berliner Vertrag nötig sei. Waffen würde man zu gegebener Zeit von einem anderen Lande erhalten. Der weitere Programmpunkt „Sicherung der Verfassung gegen Umsturz“ hält den Volksparteier Geister nicht ab, nach heraufschändlichen Verirretungen an Stelle von Reichstag und Landtag zu rufen. Ist das verfassungsmäßig? Der amtliche Polizeibericht über die Versammlung meldet, daß auf

Die Hohenzollern und auf den Kaiser ein Hoch ausgebracht wurde, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. In einer Versammlung dieses Bundes am 4. März 1922, in der ein Generalleutnant v. Hülss als Redner auftrat, wurden in der anschließenden Aussprache Anfragen wegen Organisation des Selbstschutzes oder der Selbsthilfe an den Vorstand gerichtet, der aber keine Antwort gab, weil sich der Gegenstand dafür nicht eignet, der aber auf die Geschäftsstelle verwies, wo man näheres erfahren könne. Dem Bund hat sich in letzter Zeit als besondere Abteilung eine Gruppe angeschlossen, die aus dem Verband nationalgesinnter Soldaten entstanden ist. Diese Abteilung ist so stark gewesen, dem Polizeipräsidenten die

Hilfe des Saalhauses anzubieten. (Große Heiterkeit links.) Welche Position wird der Staatregierung angewiesen, wenn sie ihre Organe von diesen extrem rechtsgerichteten Elementen unterstützen lassen soll? Der Herr behält mich vor meinen Freunden! (Große Heiterkeit, Unruhe rechts.)

Drei bis vier Tage nach dem Sonntag am Zirkus Busch hatten die Herren um den Grafen Bestard den Mut, eine Versammlung mit dem Thema: „Mit Gott für Kaiser und Reich!“ anzumelden. Glauben Sie, daß man eine solche Versammlung gestatten konnte? Die Verfassung gibt das Versammlungsrecht nur denen, die sich friedlich und ohne Waffen versammeln. Die Berliner Polizei hat insofern verstanden, als die Offiziere der Gruppe Mitte sich auf die Versammlungspolizei nicht eingelassen haben. Wenn in den Zeitungen gestanden hat, daß eine Partei eine angekündigte Versammlung sprengen will, die um 10 Uhr angeht, ist, dann genügt es nicht, daß um 10 Uhr die Schutzmannschaft eintrifft, dann muß man früher aufstehen, und auch der Polizeipräsident muß früher aufstehen. Der Polizeipräsident hat geglaubt, die Versammlung gestatten zu müssen und hat daraus sämtliche Konsequenzen gezogen. Es ist nicht Aufgabe des Polizeipräsidenten, selbst Warnungen zu erteilen; Warnungen sollten ergehen. Sie sind aber von der Presse nicht veröffentlicht worden. Herr Rippel (Dnat.) warf uns gestern vor, wir hätten an der Polizei immer herumorganisiert. Daß die Polizei nicht zur Ruhe kommt, daran ist Ihre Richtung (nach rechts) mitschuldig.

Wer immer nur das Schwert im Munde führt, wer zum Revanchegedanken aufsteht und sich die Waffen dazu im Geiste schon von anderen Völkern pumpt, der trägt auch hier die Unruhe hinein.

Sie würden der Schutzpolizei den besten Dienst leisten, wenn Sie auf Ihre politischen Freunde einwirken wollten, nicht den Mund so voll zu nehmen. Ganz generell erkläre ich: Ausländer, die ihr Ansehen mißbrauchen und sich in extremen politischen Parteien betätigen, werden unmissverständlich ausgewiesen.

Nun die Maßnahmen für die Zukunft! (Abg. Rah: Kommunistenverfolgungen!) Füllt mir gar nicht ein!

### Sie sollen sich selbst um jeden politischen Kredit bringen!

(Heiterkeit bei der Rede.) Ich verzichte auf das Mittel, von der Parlamentstribüne herab zu erklären, daß dieser oder jener Beamte verfehlt wird. Veränderungen sind notwendig. Im Zentrum Berlins können nur Herren ihres Amtes walten, die mit der Versammlungspolizei einigermassen vertraut sind. Aber die bisherigen Beamten der Polizei ganz zu entfernen, halte ich nicht für richtig. Bei politisch unbestimmten Gruppen soll in Zukunft die Versammlungsgenehmigung nur erteilt werden, wenn sie die Gewähr dafür bieten, daß die Teilnehmer sich friedlich und unbewaffnet versammeln. Ich bin Optimist genug, an den Sieg der Vernunft auch noch bei Ihnen (zu den Kommunisten) zu glauben. Statt von der Drohung spricht Herr Rah jetzt immer von Falschheit. Die Falschheit sind Sie (zu den Kommunisten); denn es macht keinen Unterschied, ob der Terror von rechts oder von links kommt. Aber wenn Sie die Falschheit nur rechts sehen, dann gebe ich Ihnen zu bedenken, daß Ihr Versammlungsterror mehr als alles andere geeignet ist, diese Falschheit heranzuzüchten. An die Rechte richte ich dieselbe Mahnung: Wenn es Ihnen ernst ist mit der Aufrichtung der Staatsautorität, dann verzichten Sie auf jede Selbstschußbewegung.

Selbstschutz ist nur Selbstbetrug und Selbstschädigung. Raub begehrt an eigenen Gut, wer selbst sich hilft in eigener Sache. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Zentrumsabgeordneten Gerig und dem Demokraten Jansen-Solingen, der den Mangel einer einheitlichen Willensbildung in der Berliner Polizei auf die in ihr

### verbliebenen starken reaktionären Kräfte

zurückführt, unterstrich unser Genosse Orzeszinski nochmals in den wichtigsten Punkten die gestrigen Ausführungen des Genossen Raabold und fertigte dann vor allem die Angriffe gegen den Berliner Polizeipräsidenten, Genossen Richter, ab. Diese heftigen Angriffe — betonte unser Genosse — haben uns nicht davon überzeugt, daß nur die Sorge um das Staatswohl die Angreifer zu ihren scharfen Auslassungen veranlaßt haben. Diese Angriffe haben einen scharfen politischen Selbstschuß gemacht. Es ist ja nichts Neues, daß gewissen Stellen und Herren es besonders unermüdet ist, daß an der Spitze der Polizei der Reichshauptstadt ein Sozialdemokrat steht. Der Sturz des Präsidenten wird von rechts und von links gefordert. Wir fragen: Dem wäre mit diesem Sturz also ein Befallen erwiesen? Die Abgeordneten v. Egnern und Rippel sagen, verantwortlich sei vor allem der Chef. Nun, man hat den Chef bereits verantwortlich gemacht, als nach gar kein Ergebnis der Untersuchung vorlag. Es gehört nicht viel Witz dazu, um zu verstehen, daß der Berliner Polizeipräsident nicht persönlich sich um alle Einzelheiten einer Maßnahme kümmern kann. Wir können uns recht gut vorstellen, daß eine richtige Maßregel, eine zeitigen getroffene Maßnahme wirkungslos gemacht wird durch ein abschüssiges oder unabsichtliches Bögen verschiedener Elemente der Exekutive. Daß aber in der Berliner Polizei verschiedene Kräfte gegeneinander wirken, hat ja erst der Redner der Demokraten in diesem Augenblick festgestellt. Wiso, man darf schon etwas mehr Objektivität gegenüber der Haltung des Berliner Polizeipräsidenten verlangen; denn es handelt sich um recht komplizierte und schwierige Dinge.

Wir Sozialdemokraten verlangen, daß die Untersuchung genau und ernst geführt wird und daß die Vorkommnisse nicht sinnlos überblendet werden. Eine sensationelle Berichterstattung hat uns mit ihren Uebertreibungen bereits genügend geschadet. Diese Uebertreibungen vermindern nur das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland. — Wir verlangen für die Zukunft, daß der Minister des Innern vorbeugende Maßnahmen gegen die Wiederholung derartiger Vorgänge anordnet. Was der Minister in dieser Hinsicht erklärt hat, billigen wir. Es darf künftig nicht mehr möglich sein, daß Versammlungen gesprengt werden. Am Interesse des Ansehens des Staates und der Verfassung, sowie im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter ermahnen wir, daß künftighin

### die Versammlungsfreiheit gesichert wird.

Die Entrüstung der Kommunisten hier im Hause schreie ich nicht hoch ein. Ihre Entrüstung ist gemacht, sie täuscht keinen Menschen über

### die Raufenammerstimme der Kommunisten

hinweg. Die Herren brauchten ein Ablenkungsmanöver, weil das Reichsratsparlament bankrott gegangen ist.

Bei der Versammlung des Bundes für Freiheit und Ordnung handelt es sich zweifellos um eine Beauftragung zur Organisation des Widerstandes gegen den republikanischen Staat. Wir erwarten vom Minister, daß solche Organisationen, die lediglich ein Unterschlupf sind für die Mitglieder aufgelöster Verbände, mit größter Aufmerksamkeit beobachtet werden. Nach der Erklärung des Ministers muß bereits schon vor dem Krawallsonntag Material paracelegen haben, welches die Auflösung des Bundes rechtfertigt. Die Vorsicht gegenüber Organisationen vom Schlage des erwähnten Bundes ist um so nötiger, als auch der Ausgang des Rathenau-Prozesses gezeigt hat, daß

### die Gefahr von rechts bedrohlicher ist als die von links.

Es ist Zeit, daß die Herren von der Deutschen Volkspartei etwas mehr Vertrauen zur Arbeiterklasse fassen und gegenüber Ihren Nachbarn zur Rechten etwas vorhaltiger werden. Die Schlussworte des Abgeordneten Rippel z. B. konnten, wenn Worte einen Sinn haben, nur einen deutschhässlichen Sinn besitzen. (Abg. Rippel: Kampf nur mit geistigen Waffen!) Die Koalitionsparteien könnten einen großen Teil der Gefahren bannen, wenn sie sowohl hier im Hause als im Reichstag etwas weniger spröde und widerspenstig sich verhielten, wenn die Sozialdemokratie

### energische Hilfsaktionen zur Linderung der Not der Bevölkerung

fordert. Aber beim Kampf um solche Hilfsaktionen erleben wir leider recht oft Situationen, die bedenklich danach aussehen, als ob die Nation in einen Bürger- und Proletarierkrieg zerfalle. Die bürgerlichen Koalitionsparteien wollen das nicht. Dann müssen sie aber auch die Mittel wollen, dies zu verhindern. Und diese Mittel liegen nur im Kampf um eine demokratische und soziale Ausgestaltung der Republik. (Beifall bei den Sozial.)

Nach dem Genossen Orzeszinski quälte sich dann der deutsch-nationale Abgeordnete Raffer damit ab, die deutsch-nationalen Angriffe, die Severing bereits erledigt hatte, noch einmal vorzutragen. Die Deutsche Volkspartei schickte v. Kardorff auf die Rednertribüne. Der Deutschen Volkspartei muß die Rede Severings sehr wenig gefallen haben, denn Kardorff wandte sich mit auffallender Schärfe gegen den Minister. Die Vorgänge beim Zirkus Busch erschienen ihm im Gegensatz zu Severing als die Warnung vor einer furchtbaren Gefahr. Ueber den Hinweis Severings auf Versammlungsprengungen unter dem alten Regime macht sich Herr v. Kardorff lustig, indem er bemerkt, seine geographischen Kenntnisse reichten nicht aus, um den Ort in Westfalen, von dem Severing sprach, zu kennen. Jedenfalls könne man dieses Dertchen nicht mit Berlin vergleichen. Der Volksparteier forderte dann zum Schluss unerbitlich

### den Kopf des Berliner Polizeipräsidenten.

mit der Begründung, unter dem alten Regime seien verantwortliche Chefs wegen geringerer Vorkommnisse gegangen worden. Wenn Herrn v. Nagow so etwas wie die Vorkommnisse beim Zirkus Busch passiert wäre, dann wäre er bestimmt geflohen.

Nachdem der Kommunist Schutz-Neufuss nicht nur die Entfernung Richters aus dem Berliner Polizeipräsidenten, sondern summarisch auch die Rufe von Weiz, Weismann, Raupich usw. gefordert hatte, verlas er sich das Haus auf Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Schluß der Debatte über die Strohkrawalle. Rot der Presse. Schluß gegen 6 Uhr.

Der Auktorenrat des Preussischen Landtages beriet am Freitag die Geschäftsliste. Vorausschicklich wird die längere Beratung am Mittwoch nächster Woche eintreten. Am Montag soll die Rheinland-Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt und dabei der Fall Smets besonders behandelt werden. Daran schließt sich dann eine gemeinsame Aussprache über alle Fragen des besetzten Gebietes.

## Veränderungen im Berliner Polizeipräsidentium

Der preussische Innenminister Severing hat am Freitag in seiner Rede im Landtag angekündigt, daß im Berliner Polizeipräsidentium größere Veränderungen vorgenommen werden. Die verlaute, dürfte der bisherige Leiter der Berliner Wachenpolizei, Regierungsrat Freyheim, als Vertreter des Polizeipräsidenten nach Köln versetzt werden. Die Leitung der Berliner Wachenpolizei dürfte Oberregierungsrat Weiz, der bisher an der Spitze der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidentiums stand, übernehmen.

## Die Kommunistenverhaftungen.

Wegen die in Sachen der Zirkus-Busch-Affäre verhafteten Kommunisten, Stadtverordneter Privatdozent Dr. Kolnberg, Bezirksverordneter August Christ, Artur Schöke, Sekretär der Kommunistischen Partei Brandenburg, Student EA und eine große Anzahl weiterer Angekluldigter, hat nunmehr der Untersuchungsrichter Haftbefehl erlassen. Die Angekluldigten sind in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden.

## Verschiebung der englischen Wahlen.

London, 20. Oktober. (CP.) In hiesigen politischen Kreisen wird erwartet, daß Bonar Law die Regierung eine Zeit lang führen wird, bevor er Neuwahlen ausschreiben läßt. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich im Januar oder Februar stattfinden, während das Parlament am 14. November zu einer kurzen Session zusammenzutreten wird mit Bonar Law als Ministerpräsidenten und Lloyd George als Führer der Opposition. Lord Curzon und Lord Derby haben sich bereit erklärt, bei der Bildung eines Ministeriums Bonar Law mitzuwirken.

London, 20. Oktober. (WB.) Die Gattin Lloyd Georges erklärte in einer liberalen Versammlung, ihr Mann sei auf alles vorbereitet, er liebe den Kampf, sein Geist belebe sich und seine Gesundheit bessere sich darin.

Washington, 20. Oktober. (CP.) Die Meldung von der Demission Lloyd Georges ist in politischen Kreisen mit Ernst aufgenommen worden, weil Lloyd George ein aufrichtiger Freund Americas ist.

# Gewerkschaftsbewegung

## Plumpe Täuschungen.

In der sogenannten Betriebsrätevollversammlung vom Donnerstagabend sprach auch ein Vertreter der Belegschaft der hiesigen Elektrizitätswerke und verlas eine Resolution, die angeblich von den Arbeitern und Angestellten gefaßt worden ist, in der die schwersten Forderungen enthalten waren. Wie wir hierzu von zuverlässiger Seite erfahren, ist diese Drohung nicht ernst zu nehmen. Der „Vertreter“ der Elektrizitätswerte in der Versammlung hat kein Mandat gehabt, eine Erklärung für die gesamten Betriebe abzugeben, vielmehr hat er im Auftrag kleiner Gruppen der Kraftwerke Oberspreewäldes und Nummelsburg den plumpen Versuch gemacht, durch ein Täuschungsmanöver die Arbeiter und Angestellten der hiesigen Elektrizitätswerke in den Dienst der KPD. zu stellen. Wie wenig die Belegschaft selbst daran denkt, sich als Vorwand mißbrauchen zu lassen, geht aus der Tatsache hervor, daß am selben Abend eine Betriebsrätevollversammlung der Elektrizitätswerke stattfand, in der von einem Proteststreik oder einer ähnlichen Aktion überhaupt nicht gesprochen wurde. Die Kommunisten fühlten sich ihrer Sache so wenig sicher, daß sie es nicht einmal wagten, auch nur eine Anspielung auf den ganzen Rummel zu machen.

Bezeichnend ist übrigens noch folgende Tatsache: Von der Resolution wie von dem ganzen Unternehmen wurden nicht einmal sämtliche kommunistischen Betriebsräte vorher verständigt, bzw. um ihre Meinung gefragt. Die Zentralleitung der KPD. scheint entweder ihren eigenen Leuten zu mißtrauen, oder aber ohne weiteres anzunehmen, daß die Betriebsräte selbst in einer so lebenswichtigen Frage die gehoriamen Vorkreder auch der wahrscheinlichsten Anordnungen sein würden. Eine vielleicht doch etwas weitgehende Summierung.

In der Morgenausgabe der „Roten Fahne“ vom 18. Oktober 1922 wird mitgeteilt, daß die Belegschaft von 700 Arbeitern und Arbeiterinnen der Margarinewerke Berolina, Berlin-Lichtenberg, ihre Betriebsräte verpflichtet habe, an den Versammlungen des Fünfgewerkschaftsbundes teilzunehmen usw.

Hierzu wird uns von unseren Genossen aus dem Betrieb geschrieben:

„Eine Betriebsversammlung, die zum kommunistischen Reichsbetriebsrätekongress Stellung nehmen sollte, mußte verlegt werden, weil nur ungefähr 30 Mann anwesend waren. Am 3. Oktober fand erneut eine Versammlung statt. Sie sich mit diesem Thema beschäftigen sollte. Die Belegschaftsstärke war an diesem Tage 311, also nicht 700. In der Versammlung waren anwesend 110. Die übrigen 200 hatten es wiederum vorgezogen, nach Hause zu gehen, als sich dieses Phrasengewäsch anzuhören. Von diesen 110 stimmten etwa 90 für die kommunistische Resolution, etwa 20 dagegen. So macht man Stimmung, so sehen die Erfolge der Kommunisten für den Kongress aus, und genau so sieht auch die Tätigkeit dieses kommunistischen Betriebsrates im Betriebe aus.“

Die „Rote Fahne“ beklagt sich darüber, daß die Vertreter der Berliner Arbeiterschaft, die zur Landtagsitzung am Donnerstag in einer Zahl von etwa 100 Mann erschienen, von dem Minister Seering und dem Präsidenten Behmer brüskiert worden seien. Um die Bedeutung dieser kommunistischen Betriebsrätedelation nachzuweisen, werden 32 Betriebe aufgeführt mit Angabe der dort die ganze kommunistische Belegschaft dazu, die gesamte Zahl der darin Beschäftigten, zusammen etwa 35 000 Arbeiter und

Arbeiterinnen. Daß es dabei auf ein paar Tausend mehr oder weniger den Herrschenden nicht ankommt, ist selbstverständlich. So wird die Belegschaftsziffer des Kabelwerks Oberspreewäldes mit 1000 angegeben, obwohl sie annähernd 6000 betragen dürfte. Von der ganzen Belegschaft waren es etwa 100 Kommunisten, die einen Vertreter der Kommunisten zur Delegation nach dem Landtag wählten. Es gehört die ganze kommunistische Belegschaft dazu, die gesamte Arbeiterschaft der aufgezählten 32 Betriebe in Berlin für diese kommunistische Aktion zu rekrutieren. Wenn es hoch kommt, kam der 6. Teil von 55 000 dahinter, und auch davon noch eine ganze Anzahl, die sich den Arrangeuren nicht ungerne willig erweisen wollten.

## Zum Streik der Goldschmiede.

In der Versammlung am 18. Oktober hat die Goldschmiedeinigung in Berlin es abgesehen, mit ihren Arbeitern wieder einen Tarifvertrag abzuschließen. Als Antwort darauf haben die streikenden Gehilfen einstimmig beschlossen, den Streik mit verstärkten Mitteln weiterzuführen. Die Zünfte wußt mit dem Deutschen Metallarbeiterverband absolut nichts zu tun haben. Während der kleinste Innungsmeister für sich das Recht in Anspruch nimmt, mit seinen Kollegen innerhalb der Arbeitgeberorganisation sich zu verbinden, wollen die Herren den Gehilfen das Koalitionsrecht streitig machen. Die streikenden Goldschmiede sind fest entschlossen, solange im Streik zu verharren, bis die Zünfte ihren reaktionären Standpunkt aufgibt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Goldschmiedebetrieben wissen nur zu genau, daß sie zum Spielball in den Händen ihrer Arbeitgeber würden, wenn sie jetzt nachgeben. Sie sind sich ihres Ziels bewußt, zumal ihnen von verschiedenen Seiten, besonders von den Silberschmieden tatkräftige Hilfe zuteil wird. Die Streikleitung.

## Eisenbahner, denkt daran!

Man schreibt uns:

„In der „Roten Fahne“ wird der Erfolg der Kommunisten in der letzten Betriebsrätevollversammlung und deren Beschluß für den Reichsbetriebsrätekongress hervorgehoben. Es muß einmal sachlich und kurz beleuchtet werden, was diese Versammlung für Aufgaben hatte und was für einen „Erfolg“ sie wirklich gebracht hat.“

Um eine Versorgung der Eisenbahner mit Kohlen und Koks für den Winter durchzuführen, wie es auch in der Privatindustrie üblich ist, muß eine Genossenschaft gegründet werden, die die von der Regierung bewilligten Kredite an das Personal verteilt. Zu diesem Zweck war die Betriebsrätevollversammlung anberaumt und bewilligt worden. Sie sollte die Konstituierung der Genossenschaft vornehmen. Den Kommunisten war die Gelegenheit gut genug, eines ihrer bekanntesten Manöver auszuführen.

Das Bezirksratsmitglied Kühne (KPD.) hatte an Stelle des verhinderten Vorsitzenden, Genossen Hofmeister, die Versammlung zu leiten. Gegen die bisherige Gepflogenheit, bei Anwesenheit von ganzen 94 Personen, eröffnete Kühne schon um 6½ Uhr die Versammlung. Nun war der Sieg gewiß! Der Antrag, den sogenannten „Reichsbetriebsrätekongress“ als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wurde dann auch trotz der Warnung des Genossen Nieß, doch zuerst zu der überaus dringenden Frage der Kohlen- und Hausbrandversorgung Stellung zu nehmen, angenommen.

Die Kommunisten haben damit die Verantwortung auf sich genommen, daß eine Belieferung nicht oder zu spät und zu bedeutend höheren Preisen erfolgt. Im Winter werden die Kommunisten die Not, die sie hier mit Absicht verschärften, in ihrer Parolenfabrik entsprechend verwenden.

Eisenbahner! Arbeiter! Beamte! Ihr fordert Kohlen und Koks, die ihr nicht einmal für bares Geld bekommt; aber die KPD. braucht eine neue Parole, den Reichsbetriebsrätekongress, und euer Geld. Hier charakterisiert sich blühartig das kommunistische Maulheldentum. Hier tritt man die Not der Arbeiterschaft — eure Not —

mit Füßen, wenn es sich nur darum handelt, ein Parteifüßchen zu kochen. Dieses merkt euch für die Zukunft. Deshalb die Augen auf und Taschen zu!“

## Außsperrung bei Krupp in Essen.

Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in Essen gibt über die Maßregelung von 470 Arbeitern wegen einer Demonstration folgende Darstellung:

„In der Gießerei III wie überhaupt in den Gießereien schwebten seit einiger Zeit Differenzen bezüglich der Akkordgrundlage. Auf wiederholtes Befragen bei der Firma, wie weit die Sache gediehen sei, wurde den Arbeitern kaum eine Antwort zuteil. Hinzu kommt die hinausgezögerte Lohnabschlüsse in der nordwestlichen Gruppe. Um über die Lage sich zu verständigen, ersuchten die dortigen Betriebsvertreter den Betriebsleiter um Genehmigung einer Versammlung, was denselben abgelehnt wurde. Darauf haben die Arbeiter den Betrieb verlassen, um sich an anderer Stelle zu beraten.“

Nach Informationen trifft die Darstellung der Firma auch infofern nicht zu, daß der Sammelprozess dort nicht ordnungsgemäß vollendet ist. Es sind Schäden nicht entstanden, und zwar durch Zutun der dortigen Betriebsvertreter.

Wir bezeichnen das Vorgehen der Firma Krupp als geeignet, das ganze Wirtschaftsleben zu stören und hoffen, daß die Firma den gemachten Schritt schnellstens rückgängig macht.“

Gestern wurde bereits verhandelt, insbesondere auch über die Lohnfrage. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

## Zur Beendigung des Thüringer Textilarbeiterstreiks.

Ueber die Ursachen des Textilarbeiterstreiks in Thüringen schreibt die „Apoldaer Volkszeitung“ in Nr. 246: „Der Streik wäre nicht notwendig gewesen, wenn der Arbeitgeberverband nicht den unglaublichen Versuch gemacht hätte, auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiterschaft „Konkurrenzfähigkeit“ zu bleiben. Die Arbeitgeber ließen es zum Streik kommen, weil sie angeblich die Löhne nicht zahlen könnten, sonst blieben sie nicht mehr konkurrenzfähig mit den Nachbarorten. Was aber soll man zu der „Konkurrenzfähigkeit“ sagen? Seit mehreren Jahren wird doch in Apolda, wie fast überall in der Industrie, jeder Handel abgeschlossen ohne jede Rücksicht auf eine Konkurrenz. Wer fragt denn heute nach der Konkurrenz? Die Käufer, besonders die des Auslandes, sind froh, wenn sie die Ware, und gerade Textilware, überhaupt bekommen. Es kommt bei ihnen z. B. bei dem Kauf eines Jacketts leider auf einige hundert Mark gar nicht an. Und der Verkäufer, der Erzeuger denkt: Kauft die Ware nicht zu dem geforderten Preis ob, dann tut es eben ein anderer. So und nicht anders ist es. Das Märchen von der „Konkurrenzfähigkeit“ verbirgt nur schlecht die Absicht, durch Wiederhaltung der Löhne die Gewinne zu erhöhen.“

In Weimar wurde die Arbeit gestern wieder aufgenommen. Die Lohnsätze betragen für die erste Oktoberhälfte für Arbeiter über 20 Jahre 85 M., für Arbeiterinnen 72,25 M., für die zweite Hälfte 102 bzw. 86,70 M., für Facharbeiter 108,80 M., im Akkorddurchschnitt 115,60 M.

Die Arbeit auf dem Krupp-Grußon-Werk in Magdeburg ist gestern wieder aufgenommen worden, mit Ausnahme der Eisengießerei, wo sie aus technischen Gründen erst heute wieder aufgenommen werden kann.

Deutscher Werkmeisterverband. Sämtliche Betriebs- und Vertrauensleute sowie Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie haben Sonnabend abend 6 Uhr in Havelandstraße 11, Neue Friedrichstraße, im Gartenhof, Versammlung. Lage in der Metallindustrie.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Berlin Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3



Die Weltmarke Salamander verbürgt:

gute Rohstoffe, schönes Aussehen, ausgezeichnete Passform, beste Verarbeitung, deshalb

Tragt Salamander Stiefel

# Sonderbesteuerung des Prokentums.

## Die Schlemmersteuer, ein Mittel zum sozialen Ausgleich.

„Wenn sich die Stadt Berlin mit einer solchen Kleinbürgerlichen Steuer lächerlich machen will — wir haben nichts dagegen.“ So ungefähr ereiferte sich der kommunistische Stadtverordnete Dr. Rosenfeld in der Sitzung der Finanzdeputation über die in Aussicht genommene „Steuer auf den übermäßigen Verzehr in Gast- und Schankwirtschaften“, die unter dem Namen der „Schlemmersteuer“ schon heute vor ihrer Einführung die populärste aller Steuern sein dürfte. Die Gründe, die hier zur Einheitsfront zwischen kommunistischen Arbeitervertretern und Bildungsbesitzern geführt haben, liegen auf der Hand. Der Hauptwert der neuen Steuer liegt auf psychologischem, moralischem Gebiete. Wenn irgend etwas die Erbitterung in diesen Zeiten der Not bis zur Empörung steigern kann, so ist es das Prokentum, das sich in den modernen Luxusgaststätten, in Dienen und Bars breit macht und hier für Schlemmerien das Geld zum Fenster hinauswirft, während Tausende und aber Tausende nicht wissen, wo sie das Geld zu trockenem Brot hernehmen sollen. Die Unterbindung dieses Treibens sieht in der jetzigen Wirtschaftsordnung auf die größten Widerstände; um so leichter aber ist es, auf dem Umweg über eine fröhlich zupackende Steuer große Teile des Geldes, das sonst verschwendet wird, der Nothilfe der minderbemittelten Bevölkerung dienlich zu machen. Und die breitesten Schichten des Volkes würden eine solche Maßnahme mit Befriedigung, mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßen. Das ist es aber gerade, was die Steuer den Kommunisten so außerordentlich unangenehm macht. Diese „politische“ Wirkung, wie sie der Vertreter der Kommunisten mit erfreulicher Offenherzigkeit nannte, paßt so gar nicht zu den politischen Absichten derer, die mit der wachsenden Verelendung und Erbitterung ihre Parteigeschäfte fördern möchten.

### Die Notwendigkeit der Steuer.

Die Steuer wird jedoch kommen. Und sie muß kommen. Die Städte, deren Finanzkraft bis zum Brechen angepannt ist, können auf eine solche neue Quelle schon aus rein finanziellen Gründen nicht verzichten. Und all die Schwierigkeiten, die zweifellos vorhanden sind, technische und menschlich-böswillige, müssen überwunden werden. Die Steuer ist bekanntlich so gedacht, daß allmonatlich ein Höchstbetrag für „normales“ Verzehren in Gastwirtschaften festgesetzt wird, abgestuft natürlich nach dem Charakter der Wirtschaften und der Art der Getränke und Speisen. Von dem überschreitenden Betrag sind dann 50 Proz. „Schlemmersteuer“ zu entrichten, für die vom Kassier sofort Steuermarken auf die — pflichtmäßig einzuführende — Rechnung arbeits werden. Ein sehr einfaches Verfahren, das natürlich tausend Umgehungsmaßnahmen bietet — wenn einer sparen will. Aber darauf kommt es ja am allermeisten an, daß diejenigen erfaßt werden, die noch so weit mit ihrem Gelde rechnen, daß sie lieber die Unbequemlichkeit des Totalwechsels in Kauf nehmen, als die hohe Steuer zu entrichten. Es bleiben doch in Berlin allabendlich noch Tausende, die sich den Teufel um das „bischen Papier“ scheeren und ihren gewohnten Luxus und die Ruhe ihres Schlemmerlebens dadurch nicht im geringsten stören lassen. Sie können und sie sollen erfaßt werden. Gegen böswillige Steuerhinterziehungen wird eine häufige unaufrichtige Kontrolle der in Betracht kommenden Lokale in Verbindung mit der gehobenen Steuerstrafe einigen Schutz bieten. — Die meisten Gastwirtschaften werden von der Steuer überhaupt nicht betroffen werden. Wir haben in Berlin rund 24 000 Schankstätten, von denen nach oberflächlicher Schätzung neun Zehntel feilen oder wie Gasse beherrschten, die weit über „normale“ Verhältnisse hinaus zu schlemmen pflegen. Das steuertechnisch einfachste Mittel wäre es ja, die Luxusgaststätten besonders zu kennzeichnen und in ihnen jeden Verzehr mit einer prozentualen Steuer zu belegen, wie dies beispielsweise in Prag mit bestem Erfolge durchgeführt ist. Leider steht diesem Wege in Deutschland das Umfassungsverbot entgegen. So bleibt hier nur der oben gekennzeichnete andere, etwas schwierigere Weg übrig.

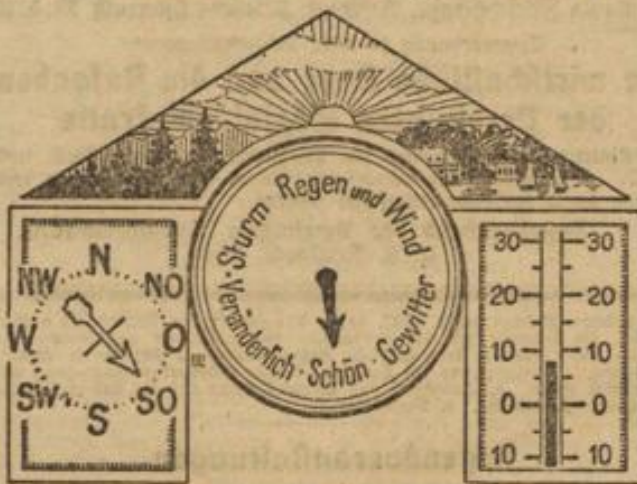
### Das sichere Erträgnis.

Welche enormen Summen aber auch hier bei aller vorsichtigen Schätzung und bei aller Rücksicht auf die möglichen Um-

gehungen zu erzielen sein werden, ergibt folgender Ueberschlag: Wenn in den 2000 eigenlichen Luxusgaststätten täglich nur je ein Gast eine Zecher macht, die den Normalbeitrag um 2000 M. übersteigt, so ergibt das 2000 mal 1000 M. Steuern, d. h. runde 2 Millionen pro Tag oder 72 Millionen im Jahr — das ist der 20. Teil des gesamten Berliner Etats. Es ist aber anzunehmen, daß diese Summen in großen Weinstöcken wie in so mancher „Diele“ noch erheblich überschritten werden. Kann eine Stadt in Not, wie Berlin, auf eine solche Einnahmefähigkeit verzichten, selbst wenn Gastwirte und Hotelbesitzer über „ihre“ neue Belastung, über die technischen Schwierigkeiten der Durchführung in der gesamten ihnen dienstbaren kapitalistischen Presse dagegen Sturm laufen? Kann ein sozial denkender Verantwortlicher, eine solche Steuer unausgenutzt zu lassen, wenn die Steuerkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger bis zur äußersten Grenze angepannt wird?

Die Steuer wird den Etat der Stadt Berlin nicht unmittelbar, aber mittelbar sehr stark entlasten. Sie soll als ausgesprochene Zwecksteuer eingeführt werden, und zwar gerade für diejenigen

### Wie wird das Sonntagswetter?



Am Anfang dieser Woche drang aus dem Innern Nordlands vom nördlichen Eismeer über Lappland und Finnland ein umfangreiches Tiefdruckgebiet ein, vor dem das auf dem westeuropäischen Festland befindliche Hoch nach Norden zurückwich. In Deutschland fanden demgemäß zunächst an der östlichen Ostseeküste in der Nacht zum Montag Regenfälle statt, die sich in der Folgezeit östlich wiederholten und langsam weiter nach Westen und Süden fortpflanzten. Dazwischen aber nahm die Bewölkung meistens rasch wieder ab. Bei mäßigen nördlichen Winden blieb es auch in den Tagesstunden verhältnismäßig kühl. Nur im Rheingebiet dauerte die trockene Witterung ununterbrochen fort. In Frankfurt a. M. stieg das Thermometer am Dienstag mittig bis auf 16 Grad Celsius. Seit Mittwoch hörten die Niederschläge in der ganzen nördlichen Hälfte Deutschlands auf, während sie in Mittel- und Süddeutschland in geringerer Stärke noch anhielten. Das nördliche Hochdruckgebiet hatte an Ausdehnung und Höhe noch gewonnen, zerfiel aber am Freitag in zwei Teile, von denen der eine nach Nordostdeutschland gelangte und jetzt langsam aber unter Verflachung südwärts weiterzuziehen scheint, während gleichzeitig ein in Nordostfrankreich entstandenes Teiltief in nördlicher Richtung fortschreiten dürfte. Bei uns hat sich demgemäß der Wind nach Südost gedreht. Das Wetter wird am Sonnabend und Sonntag voraussichtlich trocken und noch überwiegend heiter bleiben, aber etwa von Sonntag nachmittags ab dürfte die Bewölkung zunehmen. Dabei ist in der Nacht zu Sonntag nochmals an vielen Stellen, besonders in der Außenstadt und ihrer weiteren Umgebung leichter Frost zu befürchten, während die Mittagstemperatur an beiden Tagen etwas höher als in letzter Zeit emporsteigen dürfte.

sozialen Aufgaben, die bisher bei der Finanznot Berlins nur in einem ganz unvollkommenen Rahmen gelöst werden konnten. § 7 des Entwurfs, der voraussichtlich schon in der nächsten Woche der Stadtverordnetenversammlung zugehen wird, bestimmt: „Das Aufkommen aus dieser Steuer ist zur Nothilfe für eine solche Steuer eintreten. Die Stadt erhält so die Möglichkeit, die gerade von uns immer wieder geforderte kommunale Selbsthilfe bei der gegenwärtigen Teuerungskatastrophe in dem größtmöglichen Rahmen durchzuführen.“  
Richard Lohmann.

### Straßenbahnen in Not.

Die Verkehrsunternehmen vor dem Zusammenbruch?  
Begen der andauernden Verschlechterung der Wirtschaftslage aller deutschen Verkehrsunternehmen und der immer näher rückenden Gefahr eines völligen Zusammenbruchs besonders des Straßenbahnwesens hatte der Vorstand des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, die gestern in Berlin stattfand. Die Leiter kommunaler und privater Verkehrsunternehmen beteiligten sich in großer Zahl; vertreten waren auch das Reichsverkehrsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Reichsarbeitsministerium, das preussische Handelsministerium, verschiedene Ministerien von Baden, Hessen, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg, das Reichsstaatskommissariat, die Eisenbahndirektion Berlin, der Deutsche Städtebund, der Berliner Magistrat, das Berliner Polizeipräsidium, mehrere Verbände des Verkehrsgewerbes, der Technik und der Industrie.

Der Verbandsvorsitzende, Generaldirektor a. D. Dr. Bussow, betonte einleitend, diese Tagung sei keine leere Demonstration, sondern die Not habe die Teilnehmer zusammengeführt. Als Vertreter des Magistrats wies Bürgermeister Ritter darauf hin, wie sehr Berlin an den hier zu erörternden Fragen interessiert ist. In einem ersten Referat entwarf dann Dr. Bussow ein Bild der Notlage der Verkehrsunternehmen. Sie leiden noch stärker als andere Betriebe unter der Steigerung aller Ausgaben, können aber weniger leicht als andere ihre Einnahme durch Mehrforderungen steigern. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege haben sich erhöht die Ausgaben durchschnittlich um das Vierhundertfache, aber die Einnahmen durchschnittlich nur auf das Hundertundfünfzigfache. Sechzehn Straßenbahnen und drei Kleinbahnen mußten bereits ganz stillgelegt werden, andere haben den Betrieb nur noch zum Teil aufrecht erhalten können, zu weiteren Einschränkungen wird es in den nächsten Wochen kommen.

### Vorschläge zur Abhilfe

wurden in den folgenden Referaten gemacht. Vereinsdirektor Professor Helm referierte über die Preispolitik der Industrie. Die Materialien für Bahnbau und Wagnereuerung zeigen Steigerungen auf das Sechshundertfache, Achte- bis Hundertfache, Tausendfache. Die Kartelle belassen heute, das hat der Referent scharf hervor, die Verbraucher mit unerträglichen Teuerungsspreisen. Bringend sei in dieser Notzeit eine Mitwirkung der Verbraucher bei den Preisfestsetzungen zu wünschen. In der Diskussion wurde auch über die Stromkosten gestreift, deren Höhe nur zum Teil durch die Kohlenpreise gerechtfertigt werde. Man sprach geradezu von Ausbeutung der Verkehrsunternehmen durch die Elektrizitätsunternehmen. Die Strompreise waren früher mit 14 bis 18 Proz. an den Gesamtausgaben beteiligt, heute sind es 25 bis 30 Proz. Beschlossen wurde, mit den führenden Verbänden der Elektrizitätsindustrie wegen einer Strompreisermäßigung zu verhandeln. Generaldirektor Dräger wandte sich in seinem Referat über Arbeitszeitpolitik gegen den Achtstundentag, den er nicht auch im Verkehrswesen systematisch durchzuführen sehen möchte. Von den Schaffnern sagte er (wohl weil er ihre Arbeit nicht kennt), daß sie nicht ihre volle Arbeitskraft einzusetzen brauchen; er wies hierzu auf ihre Arbeitspausen hin. Dräger tabellierte auch die Lohn- und Gehaltspolitik des Reiches. Die mit ihren rückwärts wirkenden Festsetzungen ruind für die Privatbetriebe sei. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von mehreren Rednern unterstützt. Vereinsdirektor Pro-

## 39] Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Lange sahen sie schweigend; Sachawachial stand am Scheidewege, Haß und Freundschaft kämpften in ihm. Wäre der schwarze Joe nicht in sein Leben getreten, würde er aufgebrochen sein, ohne sich nur eine Minute zu bedenken — aber jetzt —?

„Du sollst dafür bekommen, was du willst,“ lockte ihn James Smith, aber Sachawachial unterbrach ihn kurz: „Tue ich es, geschieht es demetwegen, aus Freundschaft zu dir, nicht um Bezahlung,“ und dann schwieg er wieder. „James Smith begriff, daß er einen Fehler gemacht hatte. „Dann tue es um unserer Freundschaft willen, Sachawachial, ich und alle anderen, wir werden stets deine Freunde sein.“

„Die Versprechen der Weißen sind nicht gut,“ antwortete Sachawachial kurz, „ich kenne ich und viele von den anderen, ich glaube, ihr werdet halten, was ihr versprecht; aber auf Weiße verlaßt ich mich sonst nicht mehr, ich habe gelernt, was ihre Versprechen wert sind.“

Die Weißen fentten die Köpfe: das war nur allzu richtig, und der „Manflower“ Kapitän ließ verzweifelt den Kopf auf seine Arme sinken und schloß laut: „Ach Gott, ach Gott, wir müssen alle sterben.“ Aber dieser verzweifelte Ausruf trieb Sachawachial zum Entschluß. Er schlug auf den Tisch: „Sprecht nicht von eurem Gott, ich habe einmal an ihn geglaubt, aber habe entdeckt, daß er der Schlimmste von allen Weißen ist — nun wohl, ich will tun, was ihr wollt, wenn euer Gott euch nicht helfen kann, will ich es!“

Den nächsten Tag fuhr er fort, nach Süden, den Weg, den er jüngst gekommen war, von Dougiamana, ihrem Kinde und einem hungrigen Eskimo gefolgt.

Er hatte die besten Hunde, die man in Ice Cape aufzuzüchten konnte, und den besten Schlitten; etwas Fleisch hatte er auch mit, aber nur für den Bedarf einiger Tage, den Rest ließ er zurück. Leicht mußte er reifen, schnell mußte der Schlitten fahren, wenn die Hilfe zur Zeit kommen sollte. Essen bekam er schon noch unterwegs, man konnte überall jagen. Und von den innigsten Wünschen der Weißen begleitet, zog er fort, um denen Hilfe zu bringen, die er am meisten haßte.

Er erreichte Point Hope nach einer übertrieben schnellen Reise und kam nun mit den dort wohnenden Weißen, als Freund und Erretter der fünfhundert Mann in Ice Cape, zu-

ammen. Wohl dachten sie an ihre erste Begegnung, damals, als sie, von dem schwarzen Joe aufgefordert, auf ihn schossen, und die Weißen schämten sich; aber Sachawachial schwieg. Warum das wieder aufwählen, was vergessen sein sollte? Er hatte sich entschlossen, zu helfen, wo Hilfe nötig war, ob die Bedürftigen nun Weiße oder Eingeborene waren.

Er übergab seine Briefe, und zwei Tage später gingen zehn Schlitten mit Medizin, Gemüse und so viel Nahrungsmitteln, wie nur möglich, nach Norden ab, als vorläufige Hilfe; aber am selben Tage fuhr Sachawachial mit dem Schlitten über den Kogebuefund, während Dougiamana und das Kind bei ihrer Kamille zurückblieben, denn nun mußte scharf und schnell gereist werden, wenn die Postkutsche zur Zeit in das Land der Weißen kommen sollte.

Mit sechs Schlitten im Gefolge, fuhr er ins Weite, vom Lande fort und verschwand. Aber drei Tage später bot sich den Eskimos an der Südküste des Kogebuefund ein seltener Anblick: ein Schlittenzug, der vom Norden zu ihnen über das Eis kam. Es war ein halbarchaisches Unternehmen, eine tollkühne Tat, aber man halte einen Umweg vermieden und Zeit gespart. Sachawachial hatte den Versuch gewagt, und er war gelungen.

Die besten Hunde vor drei der Schlitten gespannt, steuerte er landeinwärts auf Port Clarence zu. Da traf er mehrere weiße Männer, die die Briefe von den Brüdern aus dem Norden lasen und verwundert auf den hohen, schlanken Eskimo sahen, der allem getrotzt, der das Unmögliche möglich gemacht, Postkutsche und Briefe so tief im Süden, zehn Tage, nachdem er sie in Ice Cape bekommen hatte, abzuliefern.

Aber er war noch nicht am Ziel; nachdem er sich eine Nacht ausgeruht und Aufenthalt in dem Hause des weißen Mannes genommen, wo er wie ein Freund betrachtet wurde, saufte er, von den besten Wünschen begleitet, über Land nach Süden weiter und kam nach der großen Norton-Bucht.

Wieder ging es über das Eis in jagender, laufender Fahrt, und zwanzig Tage, nachdem Sachawachial James Smiths Hilfe in die Hand gefaßt hatte, stand er im Hause des Sheriffs von St. Michael, vierhundert Meilen von Ice Cape entfernt, und erzählte von der Not da oben.

Der Telegraph besorgte das übrige; er trafe eine Postkutsche nach Süden, nach St. Francisco: „Ein Eskimo ist aus Ice Cape nach einer wahrhaftig rasken Reise angekommen; er bringt die Nachricht, daß die Walfischfängerflotte im Eise festliegt. Fünfhundert Mann hungern und sind von Storbud an- gegriffen, sie werden sterben, wenn keine Hilfe kommt.“

Männer, die nicht wollten, daß die Anstrengungen des Eskimos aufhänden wurden; sie antworteten zurück: „Der Jolldampfer „Corwin“ geht von Unalaska ab, und wenn es das Eis gestattet, läuft er St. Michaels um Nahrungsmittel und Medizin an. Von dort bringt er so weit, wie es wegen des Eises möglich ist, vor, und wenn ein Vorwärtskommen zu Schiff unmöglich wird, geht es in Booten nach Norden. Bittet den Eskimo, daß er wartet, Kapitän Hobson will ihn als Posten gebrauchen.“

Zwei und einen halben Monat später sah die Besatzung auf der Walfischfängerflotte eine Reihe Boote, die sich im Landwasser nach Norden vorwärts arbeitete. Am Bug des ersten, einer Dampfbarke, stand ein Eskimo, er nickte nach vorn und hielt die Peine leicht gepreist, um fester zu stehen, wenn die Dampfbarke gegen das Eis stieß, aber ständig nickte er — vorwärts! schneller noch! — und mit äußerster Kraft schnitt das kleine Fahrzeug am Landeis entlang, in das offene Wasser zwischen dem Treibeis. Deht hob er die Hand hoch, die Maschine hielt an —: „So, Hobson, besorge du das Uebrige, wir sind angelangt!“

Deht kam die Hilfe, von Sachawachial herbeigeholt. An die fünfhundert Mann waren in der Zwischenzeit gestorben, aber der größte Teil der Besatzung konnte gerettet werden — gerettet von Sachawachial, dem Weißenhasser.

Von Lohn wollte er nichts hören, nicht einmal von Dank. Er drückte James Smith, der jetzt auch an Storbud erkrankt war, die Hand, als er ihn an Bord der „Marwhale“ traf. „Du halfst mir damals, als ich in der Klemme saß, nun habe ich dir wiedergeholfen. Du gehst nach Süden, ich nach Norden, aber trifft du den schwarzen Joe, so sage ihm, wenn er hierher ins Land käme, schlüge ich ihn tot!“

Das Jahr darauf kam Sachawachial nach Nuwul und ließ sich dort nieder, aber er blieb nicht lange. Er sehnte sich nach dem freien, ungebundenen Leben, das die Eskimos früher geführt hatten, bevor die Weißen kamen — es ging ihm gut, aber er konnte doch nicht recht gelassen, wo Weiße wohnen. Von Religion wollte er nicht mehr sprechen hören. Er sonderete sich mehr und mehr ab, und in einem Sommer, als die Walfischfängerflotte in Nuwul vor Anker ging, und James Smith sich beeilte, an Land zu kommen, um seinen Freund zu begrüßen, fand er den Jahu leer. Sachawachial und Dougiamana waren fort, nach Osten gereist, an Orte, wo sie in Frieden leben und ihre Sungen zu tüchtigen Fängern erziehen konnten, ohne die Entfittigung zu fürchten, die den Spuren der Weißen zu folgen pflegt.

(Fortsetzung folgt.)

# Wirtschaft

## Eine Lücke in der Devisenregelung.

Die gestrige heftige Steigerung der Devisenkurse wird selbstverständlich auch wieder von einzelnen Blättern ausgenutzt, um gegen die Devisenverordnung zu polemisieren. Wir haben schon seinerzeit darauf hingewiesen, daß die Verordnung lediglich ein Teil von Maßnahmen ist, die gegen den Sturz der Mark getroffen werden müssen. Bis jetzt aber hat sich die Regierung nur dazu bereit finden können, die Herausgabe von Goldschuldscheinen anzukündigen, und man hört noch immer nichts von weiteren Schritten, die unabwendbar notwendig werden. Es ist höchste Zeit, daß hier mehr geschieht. Insbesondere muß die Sühnungaktion für die Mark mit größter Beschleunigung eingeleitet werden. Erst dann kann man erwarten, daß die Kursstreberei einigermaßen eingeschränkt wird.

Übrigens haben diejenigen Leute, die eine Regelung des Devisenhandels bekämpfen, schon deshalb keinen Anlaß, die neue Marknotausgabe für sich auszunutzen, weil sie zugeben müssen, daß die Kurssteigerung des Dollars auf 3600 in erster Linie durch die Rotierungen der Mark im Ausland herbeigeführt worden ist. Ein anderes wichtiges Moment wird aber geltend gemacht, daß der Regierung zu denken geben sollte. Es wird nämlich festgestellt, daß fast gar keine Devisen angeboten werden. Wer fremde Zahlungsmittel früher gehamstert hat, hält sie jetzt erst recht fest, anstatt sie der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Es erweist sich also als ein schwerer Fehler, daß die Devisenverordnung kein Recht der Beschlagnahme solcher Devisenbestände durch das Reich enthält, die lediglich zu Zwecken der Wertverhaltung oder der Hamsterei erworben worden sind. Das Devisengesetz, das jetzt bald herauskommen muß, wird diese Lücke ausfüllen müssen. Sonst besteht keine Aussicht, in Zeiten der Anspannung des Devisenmarktes gerade Unternehmungen, vornehmlich der Exportindustrien, die über größere Devisenbestände verfügen müssen, zu veranlassen, ihrerseits bei der Stützung der Mark mitzumachen.

Im übrigen ist es auch bezeichnend, daß nach der neuerlichen Steigerung der Devisenkurse von der so oft beklagten Geldknappheit nichts zu spüren ist, sondern daß zur Spekulation am Effektenmarkt riesige Mittel bereit stehen, die jetzt in die Sachwerte flüchten und die Kurse der Aktien in die Höhe treiben. Aus dieser Tatsache sollte die Steuergegebung eine Lehre ziehen, indem sie auf eine verschärfte Heranziehung des Sachkapitals zu Steuerzwecken hinarbeitet.

Was aber vor allem not tut, das ist eine beschleunigte Aktion, um wirklich in den Devisenmarkt eingreifen zu können, und solche Kurssteigerungen wie die des gestrigen Tages aufzuhalten. Je länger die Regierung zögert, desto mehr macht sie sich mitschuldig, wenn die Balutaentwertung mit ihren katastrophalen Folgen auf dem Warenmarkt und der rasend zunehmenden Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfswaren fortschreitet. Ein Dollarkurs von 3600 muß der Regierung ein Sturmzeichen sein. Er muß ihr sagen, daß die bisherigen Maßnahmen noch nicht ausreichen. Denn daß sie auf dem richtigen Wege ist, geht schon daraus hervor, daß die deutsche Spekulation in Devisen zweifellos zurückgegangen ist. Nun kommt es darauf an, der Kursstreberei am Auslandsmarkt Widerstand entgegenzusetzen, indem man wenigstens versucht zu verhindern, daß die deutschen Devisenkurse den ausländischen voraus-eilen.

Zeitungsinserate im Textgewande, das ihren bezahlten Charakter dem unkundigen Leser verbirgt, sind z. B. in der Wiener Presse seit langem und jetzt besonders Mode. Infolge Brandmarkung durch die „Arbeiter-Zeitung“ und dank dem neuen Preßgesetz, das dem deutschösterreichischen Journalistengesetz ebenfalls ist und das Kennzeichnung bezahlter Reklamen vorschreibt, sind jetzt die Herausgeber der betreffenden Blätter zu vielen Millionen Geldstrafe verurteilt worden.

## Devisenkurse.

	20. Oktober		19. Oktober	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Weil-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Weil-) Kurs
1 holländischer Gulden . . . . .	1881.53	1888.47	1246.88	1263.15
1 argentinischer Papier-Peso . . . . .	1276.80	1288.20	1147.10	1162.90
1 belgischer Franc . . . . .	244.38	245.62	219.45	220.55
1 norwegische Krone . . . . .	629.43	629.57	576.55	578.45
1 dänische Krone . . . . .	706.23	708.77	644.35	647.65
1 schwedische Krone . . . . .	942.63	947.37	862.85	867.15
1 finnische Mark . . . . .	84.78	85.22	75.18 1/2	75.58 1/2
1 japanischer Yen . . . . .	1715.70	1724.30	1631.16	1638.84
1 italienische Lire . . . . .	148.62	149.38	134.16	134.84
1 Pfund Sterling . . . . .	1876.50	1889.50	14264.25	14335.75
1 Dollar . . . . .	3551.10	3568.90	3192. —	3208. —
1 französischer Franc . . . . .	264.58	265.67	236.40	237.60
1 brasilianischer Milreis . . . . .	369. —	401. —	355.11	356.89
1 schweizer Franc . . . . .	644.88	647.62	583.53	586.47
1 spanischer Peseta . . . . .	543.63	546.37	492.76	495.24
100 österr. Kronen (abgef.) . . . . .	4.50 1/2	4.84 1/2	4.43	4.47
1 tschechische Krone . . . . .	118.70	119.80	104.98	105.52
1 ungarische Krone . . . . .	1.44	1.49	1.29	1.31
1 bulgarischer Lewa . . . . .	24.88	24.47	21.44	21.56

Dollar und englische Pfund mühten zugeteilt werden, weil die Nachfrage das Angebot weit übersteigt.  
100 Polennark galten im freien Verkehr bis 82 Fr.

**M. SCHULMEISTER**  
Hochbahnstation Kottbuser Tor  
**Herren-Schlüpfer**  
Tallienmäntel mit Gürtel  
Sport-Anzüge Sport-Pelze

**Bei Hautausschlag, Beinschäden (Krampladern)**  
ist San.-Rat Dr. Strahls Haussalbe  
seit 100 Jahren ein mildes u. wirks. Mittel. — Orig.-Dose 65 u. 155 M.  
**Elefanten-Apotheke, Berlin SW**  
Leipziger Straße 74 am Dönhofsplatz. Fernsprecher: Zentrum 7192.

112. Abt. Rahnsdorf. 8 Uhr in Wilhelmshagen, Matthe-, Ecke Victoriastraße (Ref. 334), Mitgliederversammlung der vereinigten Partei. Wichtige Tagesordnung.  
Jugendsozialisten. Gruppe Friedrichshagen: 7 1/2 Uhr in der Schule Streghammstraße 6, Vortrag des Genossen Dr. Witten: „Der Aufbau des Schulwesens“. Gäste willkommen.  
**Morgen, Sonntag, den 22. Oktober:**  
Ordner der Sozialistischen Partei. Die Ordner treffen sich früh 8 Uhr an der bekannten Stelle. Erscheinen aller notwendig.  
12. Abt. Steglitz. Bildungsanstalt. Die Karten für den Ballabend (Kühnlocher-Abend) am 4. November, Preis 10 M., sind von der Kassiererin Genossin Jerzman, Baumbergstraße 5, 3 Treppen, bis spätestens Freitag, den 27. Oktober, abzuholen.  
Die Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugend Groß-Berlin findet morgen, Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der Aula des Sophien-

## 30A., Gemeinde- u. Staatsarbeiter-Verb. u. G., u. G. usw., Oberschöneweide!

Für die Mitglieder und Anhänger der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei in den genannten Organisationen und Betrieben finden folgende

### Versammlungen

**Stadt:**  
**Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Montag, den 23. Oktober, 7 Uhr, in Boetters Festsälen, Weberstraße. Referent Dr. Herz, Stadtrat.  
**30A. Dienstag, den 24. Oktober, 7 1/2 Uhr, in den Kammersälen (ar. Saal), Teltower Str. 1.** Referenten: Karl Siebel, M. d. R., Dr. Paul Herz, M. d. R.  
**u. G., u. G. usw. Dienstag, den 24. Oktober, 8 Uhr, Schulaula Fritschestraße.** Referent: Nikolaus Osterroth, M. d. R.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

### Die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Vereinigten Sozialdemokratie

Eintritt gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches der USPD. und SPD. — Anhänger der vereinigten Partei sind willkommen und können durch Kollegen eingeführt werden.

**Bezirksverband der Vereinigten Sozialdemokratie.**  
J. A. Reintnecht, Holz.

Gymnasium, Weinmeisterstr. 1677, hatt. Alle erwachsenen Mitarbeiter werden gebeten, die Mandate von der zuständigen Parteibehörde unterbreiten zu lassen. Ohne Ausnahme kein Zutritt. Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Neuregelung der Beiträge. 3. Die Arbeiterjugendbewegung und die soziale Frage. 4. Amschuld und Schuldenliteratur und die Arbeiterjugendbewegung. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

### Jugendveranstaltungen.

#### Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

**Wiedererschließung.** Heute abend findet in der Aula des Gymnasiums, Kottbuser-Str. 6, des 3. Stiftungsjahrs. Programm bestehend aus Vorträgen, Gesangsübungen, Regierungen u. c. m. Unkostenbeitrag 6 M. Anfang 7 Uhr.

**Die Generalversammlung findet am Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 1677, statt.** Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Neuregelung der Beiträge. 3. Die Arbeiterjugendbewegung und die soziale Frage. 4. Amschuld und Schuldenliteratur und die Arbeiterjugendbewegung. 5. Anträge. 6. Verschiedenes. Die Mandate müssen von der Abteilung abgeholt werden. Ohne Stempel kein Zutritt.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Konsum-Gesellschaft Berlin und Umgegend, e. G. m. b. H.** Am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Berlin, Hasenheide 108/114, Generalversammlung. Eintritt nur für Mitglieder gegen Vorzeigen der grünen Warenquittungsformulare.  
**Mieterversammlung.** Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus, kleiner Saal, 1. Mieterversammlung. Besprechung über das Anlegen von Gärten nach der Berliner Befragung zum Reichsmietengesetz. Einmalige bisher gewährten Mieterräte und die neuen Mietverhältnisse sind hierzu eingeladen. Ohne Mieterspolmacht kein Zutritt.  
**Freizeitliche Gemeinde.** Sonntag vorm. 11 Uhr im Rathaus, Röhligstraße. Vortrag des Herrn A. Rogal: „Reinverlangen“. Formonium: Vereine (Gebäude). Gäste willkommen.

### Arbeitersport.

**Berliner Landmannen-Bauverein.** Am Sonntag, den 22. Oktober, Wanderung Wilhelmshagen—Rahnsdorf—Rehnsdorf. Treffpunkt am Bahnhof Alexanderplatz früh 8 Uhr. Führerin Genossin Frieda Dorn. — **Abt. Partei Konsum-Gesellschaft.** Jeden Dienstag Nachmittags in der Stadt, Hasenheide an der Schillingstraße. Beginn 7 1/2 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder herzlich.  
**Bezirksrat der Kreis Kitzingen.** Sonntag, am Sonntag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Orlitz, Kerschstr. 196. Erscheinen aller Delegierten unbedingt Pflicht.  
**Wahlkreis-Sport-Club, e. V. Reichshaus, Boden, Rahnsdorf.** Männer-, Frauen- und Jugendabteilung. Trainingslager: Männer Donnerstag abends 8—10, Frauen Dienstag abends 8 1/2—10, Jugendabteilung Dienstag abends 7—8 1/2 Uhr in der Turnhalle Wühlstr. 56. Wettkampftage Sonntag vormittags. Abends 10 Uhr vom Fichte-Sportplatz in Teptow. Geschäftliche E. Helms, Rahnsdorf, Wühlstr. 7. Zuschriften für die Parteibehörde an W. Behrens, Wühlstr. 57, Zinnsdorfer Str. 7.  
**Winterport-Zentralklub.** Am Montag, den 23. und Montag, den 24. Oktober, 8—10 Uhr, praktische Übungen in der Turnhalle, Wühlstr. 56. (Schneefuß mitbringen).  
**Fachabteilung Fichte-Ort.** Am kommenden Sonntag, nachmittags 3 Uhr, finden sich auf dem Sportplatz Hohenschönhausen, Sommerstraße (Platz von 1910), Teptowia 10 I und Fichte-Ort I gegenüber. Vorher 1 1/2 Uhr Teptowia 10 II—Fichte-Ort II. Da beide Mannschaften über gutes Spielmaterial verfügen, so wird der Arbeiterklub der Besuch empfohlen. Fahrgelegenheiten 104 und 164 ab Teptowierplatz.  
**Wahlkreiszeitung.** Am Sonntag, den 22. Oktober, eröffnet der Arbeiterklub seinen Winterklub mit einem Beitritt seiner Arbeitersportler. Bei den zahlreichen vorliegenden Meldungen wird das Kompletzieren, das in den Händen von Mitgliedern der Internationalen Arbeiterliga liegt, eine sehr schwierige Aufgabe zu sein haben. Dieser Beitritt soll der Prüfung für den kommenden Winter sein, wo sich die Bundesorgane allen professionellen Organisationen zu ihren Verwaltungen zur Verfügung stellen werden; deshalb ist es erwünscht, sich bei den in Frage kommenden Organisationsleitungen in Verbindung zu setzen, damit jeder Organisation Rechnung getragen werden kann. Der Beitritt beginnt pünktlich 4 Uhr in Ritzens Festsälen, Weberstraße.

### Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft san. Fische etwas stärker, Geschäft ziemlich reg. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.  
Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:  
Rindfleisch 160—190 M., ohne Knochen 200—220 M. Schweinefleisch 325—395 M. Kalbfleisch 160—240 M. Hammelfleisch 155—238 M. Rindertalg 400—430 M. Rückenfett 500—535 M. Schmalz 48—75 M. Kuhelau 50—75 M. Seelauch 70 M. Grüne Herings 50—60 M. in Eis: Aale 220 M. Schleie 120—165 M. Zander 118—160 M. Pflanz 50 bis 75 M. Lebende Aale 255—278 M. Nochte 150 M. Karpfen 135—150 M. Eier 35—36 M. das Stück. Naturbutter 550—600 M. Margarine 280 bis 400 M. Schweinefleisch 500—550 M. Weiskohl 10—12 M. Wirsingkohl 10—14 M. Rotkohl 14 M. Blumenkohl 15—40 M. der Kopf. Mohrrüben 10—14 M. Kürbis 5—6 M. Pfefferlinge 40—48 M. Zwiabain 15 M. Erbapfel 18—22 M. Eßbirnen 20—22 M.

feffer Helm sprach über Steuergesetzgebung und verlangt Befreiung der Verkehrsunternehmen von der Kohlensteuer. Die Versammelten stimmten zu. Direktor Stein-Hamburg erörterte die Tarifpolitik der Reichsbahnen und klagte über schädigende Konkurrenz. Die Tarife der Reichsbahnen müßten der tatsächlichen Geldentwertung völlig angepaßt werden, was noch lange nicht erreicht sei. Auch diese Forderung fand den Beifall der Versammlung.

Nach allen Referaten wurde in der Aussprache immer wieder betont, daß infolge des Mißverhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben die Straßenbahnbetriebe eingeschränkt und Angehörige entlassen werden müssen. Die Stilllegung von Straßenbahnbetrieben müsse für die Bevölkerung der Groß- und Industriestädte schließlich zu einer Katastrophe werden.

### Der Mord im Kuhstall aufgeklärt.

#### Der Täter aber noch nicht verhaftet.

Zu dem Kapitalverbrechen, dem in Hoppegarten bei Rucheberg der 72 Jahre alte Landwirt Georg Pasche zum Opfer fiel, wird gemeldet, daß es der Kriminalpolizei jetzt gelungen ist, die Person des Täters festzustellen.

Die Vermutung, daß man es mit Ausländern zu tun habe, hat sich bestätigt. Der Mörder und seine Begleiter sind Ungarn. Sie sind von Köln a. Rh. herber gekommen. Dort trafen sie sich, als sie sich für die französische Fremdenlegion anwerben ließen. Der Mörder gab sich den beiden anderen jungen Männern namens Jinna und Müller für einen 22-jährigen aus Arab gebürtigen Bela Berbelj aus. Sie wurden bei der Unterfuchung in Köln für tauglich befunden und für die Fremdenlegion angenommen. Bevor es jedoch zur Abreise kam, besannen sie sich eines anderen. Die Behandlung war ihnen schon in Köln zu streng und so entschlossen sie sich auf Veranlassung Berbeljs auf Wander-schaft zu gehen. Am 7. Oktober kamen sie nach Düsseldorf und von dort aus teils mit der Eisenbahn, teils zu Fuß am 10. Oktober nach Berlin. Unterwegs erfuhren Jinna und Müller, daß der angegebliche Berbelj ein Landsmann namens Jeremy Melner ist. Dieser diente in Ungarn bei der Roten Armee, fand dann aber nach der Umwälzung Eingang in die Weiße Garde. Als hier ruckbar wurde, daß er der Roten Armee angehört hätte, sollte er verhaftet werden. Um sich seiner Festnahme zu entziehen, stahl er ein Motorrad und fuhr darauf nach Holland. Dort verkaufte er das Rad und kam über die Grenze zurück nach Deutschland. Melner benutzte seine Stellung in Hoppegarten dazu, seinen Arbeitgeber im Kuhstall zu ermorden und zu berauben. Der Raubmörder, der sich vermutlich noch in Berlin aufhält oder hierher zurückkehren wird, ist 1,82 oder 1,84 Meter groß und schlank, hat dunkle Hautfarbe, auffallend schwarze Augen und schwarzes Haar und gute Zähne und spricht nur gebrochen Deutsch. Angaben, die zu seiner Ermittlung dienen können, nimmt Kriminalkommissar Dr. Riemann im Berliner Polizeipräsidium entgegen.

### Ein mildes Urteil für Kartoffelwucher.

Warum die Kartoffeln so teuer sind, zeigte wieder einmal eine Gerichtsverhandlung. Der Kaufmann Haake betätigte sich als Kartoffelwucherer und hatte angeblich, weil die Bauern keine Speisekartoffeln abgeben wollten, 2500 Zentner Saatkartoffeln aufgekauft, die er an Großhändler weitergab. Er nahm nun aber statt des zulässigen Aufschlags von 5—6 Proz. einen solchen von 16 Proz. Bei einem seiner Abnehmer, dem Kaufmann Krug, beschwerte sich ein Kunde über die Höhe des Preises und erstattete Anzeige. Daraufhin erhielten Haake und Krug Strafbefehle über je 10 000 Mark wegen Preistreiberi, wogegen sie Einspruch erhoben, so daß jetzt das Bürgergericht des Landgerichts III sich mit der Sache zu befassen hatte. Während Krug freigesprochen wurde, erlitt der Aufkäufer Haake einen bösen Reinsfall. Es stellte sich nämlich heraus, daß er schon dreimal wegen Preiswuchers verurteilt ist. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe. Auch wurde auf Einziehung des Liebergewinnes erkannt, der bei den 2500 Zentnern nicht unerheblich ist. Krug wurde freigesprochen, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß er Saatkartoffeln zu einem höheren Preise verkauft habe, als wenn er sie als Speisekartoffeln verkauft hätte. — Die bedrängte Bevölkerung wird nicht finden können, daß das Bürgergericht des Landgerichts III mit 14 Tagen Gefängnis sonderslich schärf gegen den zum drittenmal rückfällig gewordenen Täter vorgegangen ist. In Süddeutschland geht man mit Wucherern ganz anders um. Auch sollte einem solchen Mann die Handelsverlaubnis entzogen werden.

Der Prozeß Wilhelm Herzogs gegen Siegfried Jacobsohn, der jetzt vor dem Schöffengericht Charlottenburg stattfinden sollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Der Klage liegen Angriffe Jacobsohns gegen den Kläger zugrunde, insbesondere über der Wortwahl. Herzog habe Arbeitervörder unterfuchung, eine Behauptung, die Jacobsohn auch aufrecht erhalten hatte, nachdem ein Untersuchungsausschuß des Bezirks „Wasserlante“ der früheren USPD, nach eingehender Prüfung des Materials bereits am 23. September 1920 die Galtlosigkeit dieses Wortwurfs festgestellt hatte. Daraufhin strengte Herzog die Verleumdungssage an, die von Jacobsohn nunmehr mit einer Widerklage beantwortet wurde.

Die unsichere Landfrage. In der vorhergehenden Nacht gegen 4 1/2 Uhr wurde der Landwirt Rog Lindsted aus Maritz auf der Landstraße zwischen Schulzendorf und Legel von vier Männern überfallen, als er mit seinem mit Gemüse beladenen Wagen nach Berlin fahren wollte. Sie banden ihm die Hände auf den Rücken und die Beine und warfen ihn in den Straßengraben. Dann bestiegen sie den Wagen und fuhren davon. Eine Streife der Schutzpolizei, die gleich danach Lindsted aufsand, betrat den Mann von seinen Fesseln und nahm die Verfolgung der Straßendiebe auf. Als diese ihre Verfolgung bemerkten, ließen sie Pferde und Wagen im Stich und verschwanden im Walde.

Milchpreise. Von Montag, den 23. Oktober 1922, beträgt der Preis für Vollmilch 70 M. je Liter, für Magermilch 26 M. je Liter. Der Preis ist für Kleinhandelsgeschäfte und Abnehmerwirtschaften (Molkereien) der gleiche. — Die A- und B-Karten werden wie bisher mit je 1/2 Liter, die C- und D-Karten sowie Karten für werdende Mütter (E-Karten) wie bisher mit je 1/4 Liter Vollmilch täglich beliefert.

### Groß-Berliner Parteinarichten.

#### Bezirksvorstand der USPD.

Heute abend 6 Uhr: Erste gemeinsame Sitzung des Bezirksvorstandes im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen.  
Die beiderseitigen Kreisvertreter sind zu der Sitzung besonders eingeladen.

1. Kreis Berlin-Mitte. Zum Mitgliederversammlung am Sonntag, den 22. Oktober, in der Urania, Toubenstr. 48/49, sind nach Einrichtstücken an der Rolle zu haben.  
2. Kreis Prenzlau. Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, Treffpunkt Alt-Berlin unter Führung des Genossen Dr. Schütte. Treffpunkt 10 Uhr am Roland, Märkisches Museum.

#### Heute, Sonnabend, den 21. Oktober:

1. Abt. Die Einbürgerung des Genossen Anton Arsenowitsch findet heute 1 Uhr im Krematorium Gerickestraße statt.

**Arbin**  
der gute Schuhputz  
TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT BANDERLE

Niedergelassen bis 25250  
Facharzt für Säuglings- u. Kinderkrankheiten  
**Dr. Schur, Wobbit, Turmstraße 70**  
bisher Kais.-Auzuste-Victoria-Haus, Reichsanst. Bekämpf. d. Säuglingssterb.

**Mantelstoffe**  
marine Cheviot, schwere Anzugware, sehr preisw. Trikots, für Damen Herren u. Kinder. Neuheiten in Damen-Putai  
**Ella Dehmel, Neukölln,**  
Niemetzstr. 9, Nähe Richardplatz.  
Telephon: Amt Neukölln 404.

**Nasenröie, Sommersprossen**  
Pickel, Hautunreinigkeiten, Gesichtsröie usw., werden schmerzlos, unmerkbar u. d. Umgeb. abgeschält durch echte Vater-Philipp-Schäpfer und Totogen-Hautbleichsalbe, danach kommt amnützige junge zarte Haut zum Vorschein. Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146, in Berlin erhältlich bei Elefanten-Apotheke, Leipziger Straße.

# Die Verlängerung der Präsidentschaft.

Der Reichstag beschloß am gestrigen Freitag zunächst die Verlängerung der Ermächtigungsgesetze bis zum 31. März 1925. Es folgte die erste Beratung des Antrages aller Parteien, mit Ausnahme der Komm. und Dnat., Artikel 180 der Reichsverfassung so zu ändern: „Der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident führt sein Amt bis zum 30. Juni 1925.“ Die Deutschnationalen beantragten, die Wahl am 3. Dezember d. J. vorzunehmen.

Abg. Marx (Z.) begründet den Antrag: Eine Verfassungsänderung soll nur ausnahmsweise und aus zwingenden Gründen vorgenommen werden. Wenn aber das Allgemeinwohl eine Veränderung verlangt, darf man vor ihr nicht zurückbleiben. Die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse sind dazu angetan, eine große Wählerregung hervorzurufen. Der Wahlkampf von Personen könnte Formen annehmen, die dem Ansehen Deutschlands nicht dienlich wären. Der bisherige Reichspräsident hat es verstanden, in der Ausübung seines Amtes sich vollkommen zu lösen von den durch seine politischen Anschauungen gezogenen Grenzen, und des ganze Volk zu vertreten. Die Sympathien, die ihm diese Geschäftsführung eingetragen hat, können nicht getrennt werden. Die von gewissen Kreisen über ihn mit Absicht verbreiteten gemeinen und niederträchtigen Verleumdungen sind im Laufe der Zeit verschwunden, ein Beweis für seine einwandfreie Amtsführung. Wir bürgerlichen Parteien legen Wert darauf, festzustellen, daß wir die Verlängerung der Amtszeit wünschen, weil wir unserer Politik den Charakter der Stetigkeit, Gesetzmäßigkeit und Festigkeit geben wollen. Das ist die große, nationale Bedeutung unseres Antrages. Ich spreche die Zuversicht und die Hoffnung aus, daß wir am Ende der Amtszeit des Präsidenten unser Vaterland in einer besseren Lage erblicken werden als heute, und ich glaube, daß, wenn wir heute mit solcher Zuversicht in die Zukunft blicken, wir das immerhin der Amtsführung des Reichspräsidenten in erster Linie mit zu verdanken haben. Dafür darf ich namens meiner politischen Freunde und weiter Kreise des deutschen Volkes

dem Reichspräsidenten den herzlichsten Dank ausdrücken. (Sehr. Beifall i. d. Mitte.)

Abg. Hergt (Dnat.): Wenn die Sozialdemokraten ihrer Sache sicher gewesen wären, hätten sie mit uns den 3. Dezember durchsehen sollen. Es wäre ihnen dann möglich gewesen, mit uns zu stimmen. (Lachen b. d. Soz.) Als das Gerücht aufkam, Hindenburg sei unser Kandidat, da hat man um. (Lachen b. d. Soz.) Die Verlängerung ist keineswegs so bedeutungslos; denn die Neuwahl des Präsidenten findet erst statt, nachdem der neue Reichstag zusammengetreten ist. Was da die Tätigkeit des Präsidenten bedeutet, sehen wir ja aus der Vergangenheit, wo sich die

Tätigkeit Eberts hinter den Kulissen abgepielt hat. Das deutsche Volk will nicht wieder einen Präsidenten, der immer nur für seine Partei sorgt (Entscheidungsrufe links und in der Mitte), es will einen Schlichter zur Einigung des deutschen Volkes in christlichem und nationalem Geiste. (Lachen und Gelächter links.) Der Reichstag darf sich hier kein Recht anmaßen, das dem Volke gehört. Wir rechnen darauf, daß der Reichspräsident durch Amtsniederlegung die Neuwahl erzwingt. Die geplante Verfassungsänderung darf nicht ohne einen Volksentscheid geschehen. Für den Fall, daß der Antrag Marx angenommen wird, beantragen wir, die Bekämpfung dieses Gesetzes um zwei Monate auszusetzen. — Unter Lärm und Gelächter der Linken schließt Hergt mit der Behauptung, die Deutschnationalen seien die wahren Demokraten. Auf ihrer Seite siehe das Volkrecht!

## Reichskanzler Dr. Wirth:

Der Abg. Hergt hat bedauerlicherweise den Reichspräsidenten persönlich in die Debatte hineingezogen und behauptet, er habe stets nur für seine Partei gesorgt. Die Richtigkeit dieser Behauptung bezweifle ich nicht nur, ich bestreite sie. Herr Hergt hat damit den persönlichen Kampf wieder aufgenommen. Die Sozialdemokratie hat zuerst und bis zuletzt auf die Neuwahl des Reichspräsidenten am 3. Dezember gedrungen. Ich bezweifle nicht, wie man in diesem Zusammenhang sagen kann, der Reichspräsident habe nur für seine Partei gesorgt. Wohl aber bezweifle ich Ihren (nach rechts) Schmerz, wieder auf dem Sozialismus zu sehen. Ihr Sprecher hat betont, wir wollen keine Koalition haben. Sehr richtig! Sie sind aus diesen Kreisen ausgeschaltet, die etwas anderes sehen als ihre Parteinteressen. Vielleicht kommt der Tag, wo ich Ihnen in Ruhe sagen kann:

Ohne die Tätigkeit des Reichspräsidenten und seiner Freunde hätten Sie keine Gelegenheit, hier zu sitzen.

(Widerspruch rechts, Zustimmung links.) War es nicht die Hauptaufgabe der Männer, die nach der Katastrophe ihr Leben und ihre Gesundheit einsetzten, das Prinzip der Demokratie zu wahren? Herr Hergt sieht in dem jetzigen Reichspräsidenten nicht den Repräsentanten des deutschen Volkes, da andere, religiöse Traditionen im Volke herrschen, in die der Reichspräsident nicht hineinpaßt. Wer so tut, wie Herr Hergt, der müßte gegenüber den heidnisch gerodeten bäuerlichen Bestrebungen deutschvölkischer Kreise einen scharfen Strich ziehen. Herr Hergt meint, für unruhige Zeiten brauche das deutsche Volk einen unparteiischen Präsidenten. An unruhigen Zeiten hat es uns in den letzten Jahren und Monaten nicht gefehlt, und Millionen deutscher Bürger sind dem Reichspräsidenten dankbar dafür, daß er immer dann auf seinem Posten war, wenn sich Unruhen zeigten. (Sehr. Beifall.) Gerade in den schweren Augenblicken der letzten Monate war der Reichspräsident in seiner besonnenen Ruhe tatsächlich der Helfer aus der Not. Ich würde meine Pflicht versehen, wenn ich nicht gerade auf diese Ausführungen des Abg. Hergt einige Worte erwidern hätte. Wir sind nicht dazu da, daß wir hier nur Gesetze machen und den Mann im Stiche lassen, der, nicht hinter den Kulissen, für das Wohl des Volkes bemüht gewesen ist. Wenn gesagt worden ist, in den letzten Monaten seien wichtige, sachliche Momente unter den Tisch gefallen, so frage ich Herrn Hergt, ob gerade in der Führung der Außenpolitik solche Dinge unter den Tisch fielen. Sie hätten in diesem Zusammenhang den Reichspräsidenten überhaupt nicht in die Debatte ziehen sollen. Gerade

er hat immer auf die Wahl gedrungen; ihm war der Zustand unerträglich, daß nur ein gewisses Provisorium herrschte. Die große Mehrheit hat den Weg gewählt, aus dem Provisorium heraus zu einem gewissen Definitivum zu kommen. Betreten Sie ihn ruhig und unbegünstigt, damit die verbundene Agitation ein Ende nimmt. (Sehr. Beifall links und in der Mitte, Widerspruch rechts.)

## Abg. Müller-Franken (Soz.):

Herr Hergt hat an uns appelliert, mit ihm zusammen für die baldige Neuwahl einzutreten. Wir sind immer dafür gewesen, daß

nach der Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse Oberschlesiens die Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen werden soll. Wenn wir uns auf den Antrag Marx geeinigt haben, so deshalb, weil große Parteien dieses Hauses es für notwendig hielten, daß sich eine größtmögliche Mehrheit des Hauses auf einen gemeinsamen Antrag einigte. Seit der Zeit, da alle Parteien dieses Hauses der Zustimmung waren, daß die Wahl bald vorgenommen werden muß, hat sich einiges in der Situation geändert, und die Rückwirkung, die das auf die Stimmung der Bevölkerung gehabt hat, hat auch einige Veränderungen mit sich gebracht. (Sehr richtig! in der Mitte.) Herr Hergt hat diese Dinge offenbar gleichgültig, uns aber nicht. (Sehr. Beifall b. d. Soz.) Hergt ist der Letzte, der dem obersten Vertreter des Reiches Barmherzigkeit machen kann wegen der Mißerfolge, die sich in seiner Regierungsperiode ereignet haben. (Sehr. Beifall in der Mitte.) Ich weiß nicht, ob die Periode, in der Herr Hergt Minister war, eine Periode der Erfolge für das Deutsche Reich gewesen ist. (Sehr. Beifall b. d. Mehrheit.) Nicht einmal aus den Erinnerungen Wilhelms II. habe ich erinneren können, daß das etwas Erfolgreiches gewesen wäre. Hergt hat Männer an der Spitze des Reiches gemählt, die nichts versprochen, was sie nicht halten können. Vielleicht hätte Hergt einmal nach, was von seinen Versprechungen alles in Erfüllung gegangen ist. Sie haben dem deutschen Volk versprochen, es werde siegreich aus dem Kriege hervorgehen, weil die Amerikaner nicht schwimmen und fliegen könnten. Und

## Hellseher prophezeit:

daß die Gegner die Kriegskosten wie Ketten hinter sich her schleppen werden. Volkstücker, die solche Prophezeiungen auf dem Gewissen haben, sollten nicht über die Zuverlässigkeit anderer reden. Herr Hergt hat weiter behauptet, in der Regierungszeit des Reichspräsidenten sei Hellseher nur im Nachhinein dagewesen. Ich glaube, in dieser Zeit ist doch das, was uns überhaupt retten kann, gerettet worden, nämlich die Einheit des Reiches. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn es nach Ihnen (zu den Dnat.) gegangen wäre, wäre auch noch dieses letzte dem deutschen Volke genommen worden. Hergt hat auch von den Vorgängen in England gesprochen. Für Mitteleuropa kann die kommende Entwicklung in England nur dann günstig sein, wenn die ganze Welt den Eindruck hat, daß die Deutschnationalen in Deutschland eine kollektive kleine Minderheit sind. Der Reichspräsident hat seit Jahr und Tag die Wahl gewünscht, aber gerade ein Reichspräsident, wie Sie ihn verlangen, hat auch einige Rücksicht zu nehmen auf die Mehrheit des Volkes und kann nicht etwa aus irgendwelchen persönlichen Gründen eine Wahl erzwingen. — Der Redner geht dann auf die Behauptung Hergts, die Sozialdemokratie habe Angst um die Wahl, ein und weist an der Hand deutschnationaler Äußerungen nach, daß die Sorge um den Ausgang der Wahl auf der anderen Seite liege. Herr Hergt hat viel von dem Mann der Tat gesprochen, der das Volk führen muß, und es scheint fast so, als meinte er damit Hindenburg. Der Mann, der bei seinem 75. Geburtstag gesagt hat, daß es von 1806 bis 1813 nur sechs Jahre dauerte, hat, der wäre gerade der richtige, um Deutschland herrschen zu lassen. (Lachen.) Wir haben niemals Angst davor gehabt, daß in Deutschland das Experiment des Marschalls Mac Mahon gemacht würde. Eine solche Periode wäre aber sicher sehr viel kürzer, als die des französischen Mac Mahon. Hergt hat sich auch als Hüter der Demokratie ausgegeben. Sondern, der bis zuletzt das Dreiklassenwahlrecht verteidigt hat, ist der Letzte, uns Vorlesungen über Demokratie zu halten. (Sehr richtig! in der Mitte.) Hergt hat auch nach gesagt, daß über dem Staatsgerichtshof sich ein Volkstücker bemerkbar machen wird. Ich möchte ihn bitten, etwas vorsichtiger zu sein. Schon einmal ist ein Volkstücker über seine Partei niedergegangen, das ihn und seine Freunde nicht auf dem Blage gefunden hat. Und wenn wieder ein Volkstücker kommen sollte, dann wäre er wieder nicht da, aber das Volk würde dann die Zeit hoffentlich anders und besser ausnützen, als es das letzte Mal der Fall gewesen ist. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Ebert ruft den Abg. Koch-Düsseldorf (Dnat.) zur Ordnung, weil er dem Kanzler während seiner Rede wiederholt „H e h a p o s t e l l“ zugerufen hat. Dabei teilt der Präsident mit, daß im Reichstag besondere Schutzmaßnahmen für das Leben des Reichskanzlers

getroffen werden müßten, weil man neuen Attentatsplänen gegen ihn auf die Spur gekommen sei. Das sei für die Parteien ein ernstes Mahnwort, sich größter Sachlichkeit zu befleißigen und persönliche Angriffe zu vermeiden. (Große Bewegung im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) weist gleichfalls die Behauptung Hergts, die Sozialdemokratie habe die Hinausschiebung der Wahl angeregt, zurück und fragt Hergt, ob er nichts von der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung wisse, die uns zur Zusammenfassung aller Kräfte zwingt, um die Existenz des Deutschen Reiches zu sichern. Diese Zeit ist nicht angetan zu einem leidenschaftlich erregten Wahlkampf. Durch den Präsidentenwahlkampf würde

die Reichseinheit in Gefahr kommen. Wir brauchen einen Helfer und Retter in der Not. Wenn einer da wäre, ob rechts oder links, wir würden ihn zupackeln. Aber es war von vornherein klar, daß es keinen gemeinsamen Kandidaten gab und daß uns dieser Wahlkampf den Retter nicht beschert hätte. Wenn Herr Hergt die Einigkeit will, dann hätte er das anders einsehen müssen als durch die heutige Rede. (Zustimmung.) Im Wahlkampf hätten wir gegen den jetzigen Reichspräsidenten auftreten müssen. Aber nach seiner bisherigen Amtsführung haben wir doch in ihm nicht nur den Sozialisten gesehen. Er hat immer den Mut gehabt, zu Imponderabilien Stellung zu nehmen, bei denen es sehr zweifelhaft war, ob er den Beifall seiner Parteigenossen finden würde. Wir sind überzeugt, daß der Weg, den wir beschritten haben, der richtige war. (Sehr. Beifall.)

Abg. Frau Jelski (Komm.) protestiert gegen den Antrag Marx und behauptet, die Sozialdemokratie des Volkstücker, weil sie nicht an der Volkswahl teilhabe. Ebert sei nicht die ausgleichende Gerechtigkeit, sondern der Träger der kapitalistischen Einnespolitik. Wiederholt hat er den Belagerungszustand verhängt und Ausnahme-Gerichte eingesetzt.

Abg. Wegmann (wider H. Soz.): Von einem Manne, der das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ zur Nationalhymne gemacht hat, hat die Arbeiterschaft nichts zu erwarten. Die Präsidentenwahl muß den Arbeiterinteressen Rechnung tragen. Den Koalitionsantrag lehnen wir ab, weil er einen weiteren Schritt zur großen Koalition bedeutet.

Damit schließt die Erörterung. — Persönlich bemerkt Abg. Hergt (Dnat.) zu der Erklärung Eberts: Ich stelle namens

der Deutschnationalen Partei fest, daß solche verdrehischen Behauptungen keine Entschuldigung, keine Unterstützung und keine Schonung bei uns finden werden.

## Präsident Ebert

stellt fest, daß er keine Beschuldigung gegen irgendeine Partei erhoben hat; er habe es aber für notwendig gehalten, darauf hinzuweisen, daß die Debatte so geführt werden muß, daß sie nicht nur Erziehung im Volke erzeugt.

## Reichskanzler Dr. Wirth:

Die Ausführungen des Herrn Präsidenten, die meine Person betreffen, sind nicht von der Reichsregierung veranlaßt, aber seien Sie sich über den Ernst der Situation durchaus klar. Die Nachrichten, die wir haben — und das hat auch bereits einer der Verschwörer eingesehen — zeigen, daß wir mit neuen politischen Mordern in Deutschland rechnen müssen. (Hört! hört! und große Bewegung im ganzen Hause.) Ich stelle das lediglich fest. Herr Hergt hat recht, man sollte es nicht glauben, daß dieser Wahnsinn des Gedankens in Deutschland nach dem Rathenau-Prozess noch einen Boden finden kann. Ich habe keinen Anlaß, hinter dem Berge zu halten. Man meine Person betrifft, so steht sie hier nicht zur Debatte. Die Herren rechts können glauben, daß es mich schmerzt, in einer Debatte, die rein sachlich geführt werden kann, der Reichspräsidenten, dem wir alle zu Dank verpflichtet sind (Beifall), von Herrn Hergt in den Vordergrund gestellt zu sehen. Herr Hergt hat gesagt, der Reichspräsident habe die Einheitsfront des deutschen Volkes verhindert. Das ist geeignet, schwerwiegende Befürchtungen zu erwecken. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wir haben in nächster Zeit alles zu tun, um die persönliche Seite hinter die sachlichen Probleme zurücktreten zu lassen. Ich habe die Politik, und gerade die Außenpolitik, ohne Rücksicht auf die Parteien geführt. Ich war deshalb überrascht, daß heute die verschärfte Note angeschlagen worden ist, was auch Herr Stresemann bestätigt hat. (Auf rechts: Der Feind steht rechts!) Wenn Sie wissen wollen, wie dieses Wort damals gelaufen hat, dann lesen Sie das Stenogramm nach. Ich habe mich damals ausdrücklich gegen die Atmosphäre des Mordens gewandt und die rhetorische Frage aufgeworfen: Wo steht der Feind? und habe dann gesagt: Da steht der Feind, der kein Gift in die Wunden des eigenen Volkes träufeln läßt. Wo dieser Feind steht, darüber ist kein Zweifel. Dieser Feind steht rechts! Darf ich Sie (zu den Deutschnationalen) daran erinnern, daß in Ihrer Presse geschrieben worden ist, Rathenau sei deshalb zur Erede gebracht worden, weil er den Vertrag von Rapallo abgeschlossen hat? Hat es einen Wert, daß wir heute neuen persönlichen Kampf zu Beginn dieses Winters eröffnen, der für das ganze deutsche Volk juchendes Aussehen bietet? Beantworten Sie (zu den Deutschnationalen) sich lieber an der sachlichen, ruhigen Erwägung dieser Vorlage und stehen Sie hinter uns, wenn es sich darum handelt, jede Gewalttat in Deutschland abzumehren. Am ersten Tage meiner Amtsführung an war ich von dem Haß der Ihnen nahestehenden Kreise verfolgt. (Sehr wohl! links und im Zentrum.) Die Not des Vaterlandes ist übergrößer. Die Schatten, die von außen auf uns fallen, sind riesenhaft. Ich habe auf dem Industrie- und Handelsrat die Worte ausgegeben: Das ganze Volk soll es sein, wenn es sich darum handelt, den Kampf gegen Hunger und Elend aufzunehmen. Und nun ist diese meine Einladung von Herrn Hergt mit dieser gehässigen Rede beantwortet worden! (Sehr. Zustimmung links und in der Mitte. — Zischen rechts.)

Präsident Ebert: Die Debatte ist durch das Eingreifen vom Regierungstisch wieder eröffnet.

Abg. Hergt (Dnat.): Der Reichskanzler hat wiederholt ausgesprochen, daß er meine persönlichen Angriffe bedauere. (Große Unruhe auf der äußersten Linken. — Präsident Ebert erhebt wiederholt die parlamentarische Ordnung innewahalten.) Ich bin mir bewußt, vollkommen sachlich gewesen zu sein. Ich habe nur einen unparteiischen Reichspräsidenten gefordert und nachzuweisen erlucht, daß der gegenwärtige Präsident an die Sozialdemokratische Partei gefesselt ist und nur als Parteimann handeln kann. Hätte der Kanzler recht, dann wäre hier überhaupt keine sachliche Kritik möglich. Deshalb stelle ich fest, daß der Sinn der Ausführungen des Kanzlers darauf hinausläuft, parlamentarische Rechte einzuschränken.

Abg. Jehrenbach (Z.): Ich habe im Leipziger Prozeß ausdrücklich die Deutschnationale Partei vom Mordverdacht ausgeschlossen. Sie sollte aber auf die ihr nahestehenden und im Parlament nicht vertretenen Kreise einwirken. Die Fragestellung war meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, und dafür bin ich in der deutschnationalen Presse angegriffen und lächerlich gemacht worden. Daß Mordverdächtigungen bestanden, ist durch den Prozeß tatsächlich aufgedeckt worden. In der „Deutschen Tageszeitung“ ist ein Artikel „Roh — Brüdigung — Jehrenbach“ erschienen. Das war

## eine Lausubarbeit.

meinen Namen mit dem Roh in Verbindung zu bringen, der bald als Links, bald als Rechtsbolschewist hingestellt wird. In Schillerkreisen ist die Ermordung Rathenaus ausgiebig besprochen worden. Schüler und Lehrer mußten gemußt haben, von welcher Qualität der Berliner Stubenrauch war, und es wäre Pflicht gewesen, gegen ihn vorzugehen. Wenn ich Stubenrauch frage, ob er noch Schüler des Gymnasiums sei, so war das wirklich eine Frage aus der Not der Zeit heraus. (Sehr richtig!) Wenn ich bemerkt habe: „das sind ja trostlose und gemeingefährliche Zustände“, so war das ein Gedanke, der jedem ehrlichen Patrioten kommen mußte. (Zuruf rechts: An welche Adresse wenden Sie sich?) An Ihre! (nach rechts). Wenn festgestellt ist, daß Ruben von 15 Jahren und noch dazu gemeinsam mit Vater und Mutter sich in dieser Weise „politisch“ betätigen, dann ist damit gleichzeitig festgestellt, daß es sehr schlimm im deutschen Volke aussieht. Der Anteil Teichows hat an Hand von Briefen gezeigt, wie groß die moralische Verlotterung in gewissen Kreisen ist. Speziell in Ihrer Presse! (nach rechts) ist dieser Satz unterdrückt worden. (Hört! hört!) Wenn Sie es wirklich ernst meinen, dann müssen Sie es ernst vorgehen als jetzt. (Beifall in der Mitte.)

Damit ist die erste Beratung erledigt. In zweiter Lesung wird der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen. Die dritte Lesung findet Dienstag statt. Sonabend 2 Uhr: Kleine Vorlagen. Schluß 6 1/2 Uhr.



**Eilen Sie**  
und kaufen  
**Nigrin,**  
wenn Sie das Schuhzeug erhalten wollen.

Genera-Vertretung und Lager: Adolf Rehm-Gesell, Berlin S 42, Luisenpark 42.



**In immer Zeit**

braut es besonders in warmen wickelbaren, ein Mittel zum Sparen in Cölln. Ein vorzügliches Sägemehl, aus, billig, bestmündig.

Der Inhalt einer H-Polsterung entspricht der Größe eines Pfundes Zuckers.

Ordnung in Reklamationen, Dringlichkeiten und Vertiefen.

**Rehm-Eisenstuhl, auch Isobadische, Stadler, Wuppertal 10 174.**

**Besteße Geschloß- und Schlüssel-Werkzeug, Same Schloßwerkzeug, 12.**

**Metalbetten**

Stahlmatratze, Kinderbetten etc. an Priv. Kat. 30A freil. Eisenmöbelher. Suhl 1248.

**Garderobe**  
auf bequemste Teilzahlung

**Herren-Damen**  
Anzüge, Paletots, Schläpfer, Regenmäntel, Burschen-Anzüge

Gute Ware, solide Preise, — grosse Auswahl. —

**M. Beiser, Lothrieger Str. 67**

**Lohnkartell für die Gemeindebetriebe**

Sonntag, 22. Oktober, vorm. 10 Uhr in Böfers Festsaal, Weberstr. 17

Zusammenkunft:

**Berichterstattung von den Lohnverhandlungen für Oktober**

Zweck: zur genau Berichtigung des Funktionärswahlrechtes des Lohnkartells und des Mitgliedsausweises gestattet

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Deutscher Transportarbeiter-Verband  
Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter  
Zentralverband der Angestellten  
Allgemeiner Deutscher Postbeamten-Verband

